

# Österreich- Erklärung

zur  
NATIONALRATSWAHL 1994

DR. JÖRG HAIDER

**FPO**

EINFACH EHRlich,  
EINFACH JÖRG.

# Österreich- Erklärung

DR. JÖRG HAIDER

Impressum:

Herausgeber und Hersteller:  
FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS  
Kärntner Straße 28, 1010 Wien

**FPO**

# Österreich-Erklärung

Wir stehen am Ende des 20. Jahrhunderts. Es war ein Jahrhundert der totalitären Irrwege und der menschenverachtenden Heilslehren. Man könnte jedoch glauben, mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in Osteuropa sei das letzte Böse ins Grab gestiegen, und Freiheit wie Frieden scheinen automatisch garantiert.

Das ist ein großer Irrtum. Die Bewährung für Demokratie und freiheitlichen Rechtsstaat kommt erst. George Orwell hat mit seinem Buch „1984“ rechtzeitig gewarnt.

Totalitarismus, freiheitsfeindliche Bedrohung der Autonomie und autoritäre Unterdrückung freier Meinung braucht nicht mehr staatliches Gewaltmonopol, Geheimdienste, Gesinnungspolizisten und Vernichtungslager wie Archipel Gulag. Die Methoden sind andere, feinere geworden. Die Bedrohung der Freiheit der Bürger ist somit weniger offenkundig, jedoch wesentlich wirksamer. Die Gefahr auch für unsere Demokratie liegt heute in der Herstellung einer uniformierten Gesellschaft, in der die politisch vorgegebene Einheitsmeinung Gültigkeit hat. Ist es nicht so? Wer den Zugriff auf die Massenmedien hat, erringt oder befestigt seine Macht.

**„Wer die Begriffe vorgibt, steuert das Denken“**

Wer die Begriffe vorgibt, steuert das Denken. Da werden Vorurteile aufgebaut, „Unworte“ gesellschaftlich geächtet, Wichtiges wird politisch tabuisiert und die Unwahrheit zum Dogma erhoben. Das ist nichts anderes als das, wovor Orwell ge-

warnen hatte: vor dem Wahrheitsministerium, in dem der „Neu-Sprech“ und „Neu-Denk“ produziert wird, und den Bürgern angepaßtes Denken verordnet wird.

Damit wird die Frage von Sein oder Nichtsein der Grund- und Freiheitsrechte ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt. Das gilt auch und im besonderen für Österreich. Der Sozialismus in Österreich ist von einem Machtrausch erfaßt. Warum sollte es den Sozialisten nicht gelingen, als die führende Kraft der Einheitspartei, sich diese Demokratie nach ihren Vorstellungen herzurichten? Das Wahrheitsministerium ist bereits im Entstehen. Nur die blinde ÖVP-Führung hat davon noch nicht Kenntnis erhalten, weshalb sie nach wie vor den Wunsch hat, die Herrschaft der Sozialisten „ohne Wenn und Aber“ fortsetzen zu helfen. Die Diskussion des Nebensächlichen wird zur Kernfrage der Republik erhoben, aber es gibt keine Diskussion darüber:

- daß die Staatsschulden pro Kopf unter Vranitzky von 87.000 auf 170.000 Schilling gestiegen sind;
- daß die ÖBB nach der Reform statt 30 Milliarden 47 Milliarden Zuschuß benötigen;
- daß ein Kanzlerwort bei der DDSG zur Vernichtung von 500 Steuermillionen führt;
- daß die Freunderlwirtschaft der Roten bei der AMAG zum Verlust von 6.000 Arbeitsplätzen beiträgt und 16 Milliarden Steuergeld vernichtet;
- daß die Sozialkassen leer sind und der Sozialstaat auf Pump lebt;
- daß bei Autobahnen WC-Anlagen um 1,4 Millionen errichtet werden, womit andere Einfamilienhäuser bauen.

Ich halte diese Zustände des Verschweigens, des Verdrängens, des Zudeckens für unhaltbar. Ich halte diese Politik schlichtweg für gefährlich. Deshalb braucht es in diesem Land wenigstens ein politisches Gegengewicht. Gegen das „unwahre Ganze“ (Adorno) hilft nur die ganze Wahrheit. Wer die Staatskassen plündert, hat erarbeitetes Steuergeld leichtfertig vernichtet. Wer die Bürger für dumm verkaufen will, muß mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen.

Unsere Freiheitliche Idee ist aus dem Widerstand gegen autoritäre Verhältnisse entstanden. Der höfische Absolutismus hat zur bürgerlichen Demokratie über das Jahr 1848 geführt, wo wir unsere geistigen Wurzeln haben. So wie damals gehen wir auch heute auf die Barrikaden, wenn es um die Freiheitsrechte der Bürger geht. Und diese Freiheit ist in Gefahr, auch wenn dies manche in satter Wohlstandsmentalität nicht sehen wollen: Der Sozialismus hat die Macht in der Regierung, im ORF, im Verfassungsgerichtshof, in der Justiz, in der OeNB, im ÖGB und der PSK, in Wohnbaugenossenschaften, in der Kulturpolitik, in der Arbeiterkammer, in den Sozialversicherungen. Und nach dem kläglichen Scheitern der Verstaatlichten Industrie baute man sich mit der Bank Austria, der Holding der Gemeinde Wien, der Porr-WIBEBEA-Fusion und der Wiener Städtischen Versicherung einen mächtigen Konzern mit nahezu 40.000 Mitarbeitern.

Das Ganze muß auch noch von den Steuerzahlern gestützt werden. Zwar werden die Maiaufmärsche der SPÖ mangels Masse immer mehr zur Minderheitenzählung, dafür haftet die Wiener Bevölkerung allein mit 516 Milliarden Schilling für dieses neue Machtmonster. Und sie fühlen sich

sehr sicher, die Mitglieder dieser ehrenwerten politischen Klasse. Anders ist es nicht erklärbar, daß nach der AI-Pleite der scheidende Generaldirektor und Kanzlerfreund Sekyra rund 30 Millionen Abfindung erhält. Anders ist es nicht erklärbar, daß nach einem vernichtenden Rechnungshofbericht über das Burgtheater Scholten seinem Busenfreund Peymann wieder seinen Dienstvertrag verlängert und eine massive Erhöhung seines Direktorengehaltes bewilligt.

In einer Zeit, wo der ÖGB den Arbeitnehmern eine Null-Lohnrunde empfohlen hat, hat sich Peymann sein Gehalt rückwirkend mit 1986 um rund 44 Prozent auf 3,2 Millionen pro Jahr erhöht. Er kann zwar Flugrechnungen in der Höhe einer Million Schilling nicht belegen, aber sein Bekenntnis, solange es Haider in Österreich gibt, müsse er bleiben, hat die sozialistischen Herzen milde gestimmt. Lang kann Herr Scholten seinem Freund jedenfalls nicht mehr Verträge verlängern, um mich zu verhindern. Denn die Existenz dieser Verhältnisse ist mit ein Grund, warum überzeugte Sozialdemokraten in unser Lager wechseln.

Aber für die Verschwender und Geldvernichter gibt es auch noch Orden. In der Bundesregierung wurde beispielsweise auch mit der Stimme des Herrn Scholten beschlossen, Herrn Scholten für die Verdienste um die Republik mit dem Großen Goldenen Verdienstzeichen mit Stern auszuzeichnen. Deshalb ist es verständlich, wenn ich eine solche Auszeichnung vor kurzem abgelehnt habe. Solange Leute wie Scholten & Co. Verdienstorden erhalten, ist es eine Auszeichnung, nicht ausgezeichnet zu werden.

## „Wir erheben unsere Stimme dort, wo die Bürger resignieren“

Es gibt zwar viele, die meinen, so könne es nicht weitergehen, aber dann finden sich doch alle mit den Zuständen wieder ab. Deshalb muß es uns Freiheitliche geben. Wir erheben unsere Stimme dort, wo die Bürger resignieren. Wir fordern dort die Mächtigen heraus, wo den Bürger der Mut verläßt. Wir weisen dort die rot-schwarzen Mandarine in die Schranken, wo sie sich an den Steuergeldern der Fleißigen vergreifen und nicht erkennen, daß Geldverschwendung vor allem auf Kosten der kleinen Einkommensbezieher stattfindet.

Bei dieser Aufgabe waren wir nicht erfolglos: Die Aufdeckung des OeNB-Skandals, der AK-Rechberger-Affäre, des DDSG-500-Millionen-Debakels des Kanzlers oder die erfolgreiche Verhinderung einer Verschleuderung des Österreichischen Verkehrsbüros einschließlich der Casino-Aktien, wodurch dem Steuerzahler 600 Millionen Schilling entgangen wären, sind auf unser politisches Erfolgskonto zu buchen. Wir sind unser Geld wert, während ich auf manchen in der Regierung keinen lumpigen Heller setzen würde.

Aber wir Freiheitlichen sind die Gladiatoren, die Minderheit in der politischen Arena, die gegen die Löwen der Macht ankämpfen sollen. Das wird auf die Dauer nicht ausreichen. Denn seit acht Jahren feiern wir bei demokratischen Wahlen beispiellose Erfolge und schwächen die herrschende politische Klasse. Sie sind schwächer geworden, aber das Imperium schlägt unbarmherzig zurück: Ein Abgeordneter, der von Beruf Bezirkshauptmann ist und seinen Landeshauptmann kritisiert, wird im

Erlaßwege seines Amtes für verlustig erklärt. ORF-Mitarbeiter versichern mich in unbeobachteten Augenblicken ihrer Sympathien, fürchten aber um ihre Existenz, wenn dies bekannt würde. Ein großer erfolgreicher Unternehmer, der für die FPÖ kandidiert, hat plötzlich Probleme, eine Bank in Österreich zu finden, die seine Projekte finanziert. Das ist die reale Unfreiheit im Lande. Wer das rot-schwarze Lehen nicht akzeptiert, wird ruiniert oder mundtot gemacht. Aber gerade das muß doch anständige Demokraten herausfordern!

Die Entzauberung der ehrenwerten politischen Gesellschaft und ihrer bloß formaldemokratischen Maskerade eines Parlamentarismus steht an. Dazu braucht es eine Portion Zivilcourage. Da genügt es nicht mehr, im Sinn Nestroys „inwendiglich zu rasonieren“.

Die Zeit des vorauseilenden Gehorsams gegen die Mächtigen muß endlich vorbei sein. Auch wenn die Gefahr der Ausgrenzung droht. Aber was ist das schon? Wer als freiheitlicher Demokrat vom roten Kanzler dieser Republik als „Bagage“ bezeichnet und ausgegrenzt wird, während derselbe Kanzler den für das Massaker an Tausenden Jugendlichen verantwortlichen chinesischen Regierungschef Li Peng hofiert, kann froh sein, nicht zu dieser ehrenwerten Gesellschaft zu gehören.

**„Zeige mir Deine Freunde,  
und ich sage Dir, wer Du bist“**

Wir haben einfach keine Übereinstimmung mit der politischen Welt des roten Kanzlers, der noch knapp vor dem Kollaps der DDR in Tischreden Herrn Honecker Rosen der Anerkennung streute, der vor

den Putschisten in Moskau sofort das Knie beugte, der ein Demonstrationsverbot gegen Li Peng in Österreich verfügte, der Nieten im Nadelstreif wie AMAG-Ehrlich, Sekyra, Streicher, Grünwald & Co. zu seinen Freunden zählt, der sich vom Pleitenverursacher in der MG, Herrn Schimmelbusch, wirtschaftlich beraten läßt, und der die von der Interpol gesuchte DDR- und KPÖ-Treuhänderin Steindling als Ehrengast am Kanzlerfest begrüßte. Offenbar gibt es da Geheimnisse aus der Zeit seiner Tätigkeit als Länderbank-Generaldirektor, daß ein solcher Umgang notwendig wird. Zeige mir Deine Freunde, und ich sage Dir, wer Du bist, sagt ein Sprichwort. Diese Liste der roten Freunde genügt, um es als Auszeichnung zu empfinden, ausgegrenzt zu sein.

Es gibt auch ein anderes Österreich, jenes, das nicht das der Nieten und Nehmer, der steuerflüchtigen Subventionshaie wie Heller, Jelinek & Co. ist, jenes, in dem sich die anständigen Österreicher finden, die diesem Land dienen und nicht von ihm nehmen, die nicht als Steuerflüchtige in Monte Carlo oder sonstwo sitzen, und die Steuer-subventionen aus der Heimat ungeniert einstecken.

Und dieses Österreich ist es wert, vertreten und verteidigt zu werden. Es ist das Österreich, mit dem Wohlstand, Ordnung und soziale Sicherheit verbunden ist. Es ist das Österreich des Bauarbeiters, der bei jeder Witterung die Arbeit anpackt, viel Steuern für geleistete Überstunden bezahlt und als Wochenpendler getrennt von seiner Familie leben muß. Es ist das Österreich, wo Frauen die Doppelbelastung von Beruf und Familie auf sich nehmen müssen, um sich eine Wohnung leisten zu

können. Es ist das Österreich der fleißigen Gewerbetreibenden, die im Krisenfall lieber das eigene Wohnhaus verkaufen, als die Schmach eines Konkurses in Kauf nehmen zu müssen. Es ist das Österreich der tüchtigen Mitarbeiter im Tourismus, die wochenlang rund um die Uhr für zufriedene Gäste sorgen. Und es ist das Österreich des pflichtbewußten Familienerhalters, der jahrelang keinen Urlaub macht, um für seine Familie ein schmuckes Einfamilienhaus zu bauen. Die Beispiele ließen sich noch lang fortsetzen.

Dem steht ein Österreich gegenüber, in dem parasitäre Elemente erfolgreich das System ausbeuten. Denken wir an die vielen weißen Elefanten im ORF, die fürs Nichtstun 90.000 Schilling und mehr im Monat abkassieren. Denken wir daran, daß ein versagender AMAG-Generaldirektor zu seinem Gehalt von 3,2 Millionen Schilling auch noch einen zinsenlosen Kredit von drei Millionen in Anspruch nimmt, während Tausende seiner Mitarbeiter um ihre Existenz gebracht werden. Denken wir daran, daß ein Parlamentspräsident glaubt, zu seinem Gehalt von 2,5 Millionen auch noch ein arbeitsloses Einkommen als Beamter kassieren zu müssen. Übersehen wir auch nicht, daß für eine karitative Organisation, die mit Hilfe der Gattin des österreichischen Bundeskanzlers jährlich 1 bis 2 Millionen Spendengelder einnimmt, die Kanzler-tochter zu einem Jahresgehalt von rund 900.000 Schilling mit BMW-Dienstwagen eingestellt wird. Vieles ist da nicht in Ordnung. Das ist kein funktionierender Sozialstaat, sondern ein sozialistischer Funktionärsstaat, in dem Anständigkeit mit dem Staatsanwalt durchgesetzt werden muß und in dem nur jene weiterkommen, die es sich richten oder sich anpassen.

## „Wir Freiheitlichen haben uns mit dieser Hierarchie angelegt“

Die ehrenwerte politische Gesellschaft hat einen erheblichen Erklärungsbedarf. Warum gibt es beim Milliardenbau der U-Bahn in Wien nur eine ausgewählte Gruppe von Firmen, die an die öffentlichen Aufträge herankommen? Warum ist die Wohnung im sozialen Wohnbau teurer als die ohne Subventionen frei errichtete Wohnung gleicher Qualität? Warum wurden bei der Auftragsvergabe für das umstrittene DDSG-Schiff „Mozart“ Provisionen kassiert, und in welchen Taschen landeten diese? Was ist dran an dem Gerücht, daß bei der Aufnahme staatlicher Auslandskredite anfallende Provisionen in die Taschen von Politikern und Parteien fließen? Wo liegt der Unterschied zur Mafia, die Schutzgeld kassiert, wenn auch in Österreich an Parteien und Institutionen gespendet werden muß, um an öffentliche Aufträge zu kommen?

Da fordert VP-Chef Busek von den Medien ein Bilderverbot für Jörg Haider, und ein Leitartikler verbreitet die Hoffnung, wenn „die anständigen Demokraten in Österreich zusammenhalten“ wie beim Ausländer-Volksbegehren oder bei der EU-Sache, dann würde der „FPÖ-Spuk“ bald vorbei sein! So einfach stellen sich die schein-demokratischen Marionetten eine Demokratie ohne Kontrolle, ohne Rechnungshof, ohne Opposition gleichsam als Paradies der Grabesruhe für die Herrschenden vor. Wie schreibt Prof. Pelinka: „Wer sich weigert, das Lob eines Lehensherrn zu singen, hat letztlich alle Hierarchie gegen sich.“ Umso mehr wiegt unser Erfolg. Wir Freiheitlichen haben uns mit dieser Hierarchie angelegt. Wir haben die rot-schwarze Machtaufteilung als

Herrschaftsprinzip nicht akzeptiert. Proporz und Freunderlwirtschaft sind die Erbsünden der Altparteien. Wir wollen die Ohnmacht der Demokraten und die Übermacht ihrer Feinde nicht widerspruchslos zur Kenntnis nehmen.

Ob Kammerzwang, Steuerfreiheit für die Gewerkschaft, Nationalbank-Klüngel oder Proporzdiktatur: Das alles ist nicht mehr zeitgemäß und steht dem Weg in eine offene und demokratische Gesellschaft entgegen. Unser schwerer, aber mutiger Weg wird auch vom Bürger nicht nur bei Wahlen honoriert. Immerhin wünschen sich 68 Prozent aller Österreicher nach einer IMAS-Umfrage eine starke Opposition, und 32 Prozent halten die Freiheitlichen für die ideale Oppositionspartei. Das heißt, selbst die Anhänger der Altparteien wünschen sich in Zukunft mehr Kontrolle der Macht. Die anderen sogenannten Oppositionsparteien werden eher als Anhängsel der Regierung eingestuft. In der Tat, Grüne und linkes Forum sind so eine Art „fünfte Kolonne“ der SPÖ, um gegebenenfalls eine Regierungsmehrheit zu liefern. Es ist geradezu peinlich, wie sie sich bemühen, den Altparteien ihre Regierungsfähigkeit durch Anpassung und Wohlverhalten unter Beweis zu stellen. Das liegt uns nicht, das tun wir auch nicht. Für uns gibt es nur die Verantwortung gegenüber unseren Wählern. Deshalb werden diese immer mehr. Denn wir sind die einzige Partei, die nicht links steht. Die ideologischen Koordinaten haben sich in den letzten Jahren so weit nach links verschoben, daß die Position der Mitte heute schon rechts erscheint. Also ist in der Mitte und rechts von der Mitte viel Platz geworden, und daher erwarten viele Bürger von uns, daß wir ihre Anliegen vertreten. Das fällt umso leichter, als die ÖVP im Laufe der

Jahre eine sozialistische Partei geworden ist. 1986 hatte sie noch die Chance, den Vormarsch des Sozialismus zu verhindern.

Alois Mock durfte nicht Kanzler werden, weil sich die ÖVP-Granden lieber mit der Rolle des Juniorpartners zufrieden gaben. Seither ist die ÖVP zum unerläßlichsten Garanten für die Macht der SPÖ geworden. Ohne Wenn und Aber ist die ÖVP zur Fortsetzung dieses Weges auch nach dem 9. Oktober bereit. Jede schwarze Stimme dient der roten Macht. Das heißt, die Regierung hat sich schon gewählt, ohne das Volk zu fragen. Es geht also am 9. Oktober in erster Linie darum, wie stark die Opposition gegenüber dem rot-schwarzen Machtmonster werden soll.

Warum sollte auch ein intelligenter Konservativer oder nichtsozialistischer Liberaler diese ÖVP wählen? Die ÖVP akzeptiert die sozialistische Ganztagschule, die ÖVP akzeptiert einen roten Verfassungsgerichtshof, die ÖVP akzeptiert eine rote ORF-Führung, und die ÖVP duldet die staatliche Schuldenwirtschaft. Sie haben sich so aneinander gewöhnt, daß Busek sogar im EU-Festzelt der SPÖ die marxistische Internationale mitgesungen hat. Das war entlarvend.

Da nützt es auch nichts mehr, wenn die ÖVP jetzt ihren Obmann auf Heimattreue trimmt, und zum Entsetzen mancher Bergbauern Herr Busek sich im weißen Trachtenanzug und mit Steirerhut bewaffnet, zwecks heimatverbundenem Pressefoto auf die Alm bemüht und Schnaps trinkt.

## „Die Gefahr eines neuen Absolutismus“

Einheitspartei, Einheitskammern, Einheitsmedien schaffen die Gefahr eines neuen Absolutismus in Österreich. So wie unsere Vorfahren vor 150 Jahren gegen den Absolutismus Metternichs zu Felde gezogen sind, so müssen wir heute der roten Machtkonzentration Vranitzkys die Stirn bieten. Das erfordert aber kritische Bürger, die das eigenständige Denken nicht der Wohlstandsideologie geopfert haben. In Österreich gibt es schon zu viele, die Opfer dieses Denkens geworden sind. Sie treten überall in Erscheinung. Es sind unfreie Menschen, die meist, beidhändig mit Einkaufs- oder Aktentasche beladen, frustriert und finster blickend an den Glitzerfassaden der Konsumtempel vorbeihasten, um ja pünktlich zu Hause in den Genuß des verdummenden Fernsehens zu gelangen. Robert Mohr hat es in seiner treffenden Analyse des „Trias der Verblendung“ genannt: Ausbeutung - Entfremdung - Manipulation. „Sind wir froh, daß es uns nicht schlechter geht; da kann man ohnedies nichts machen; die tun sowieso, was sie wollen“, lauten die gängigen Kommentare der resignierten Wohlstandsbürger. Genau das ist aber die Einladung an die ehrenwerte politische Klasse, die sich ohnmächtig fühlenden Bürger in die totale Vormundschaft von Staat, Parteien und Apparaten zu zwingen.

Wie sehen denn die Leistungen der herrschenden Klasse aus?

Vor acht Jahren hat die Koalition von SPÖ und ÖVP die Regierungsverantwortung übernommen: unter ganz bestimmten Versprechen und mit einem sich daraus ergebenden klaren Wählerauftrag. Nur eine große Koalition könne die großen Pro-

bleme Österreichs lösen. Daß es große Probleme gibt, war also offenbar klar. Nur, wo sind die Lösungen geblieben? Noch vor vier Jahren erneuerte die Koalition all ihre Versprechen. Es waren schon wesentlich weniger Bürger, die ihnen Glauben schenkten. Die Signale des Vertrauensverlustes haben sie aber nicht erkannt.

Es wurde keine „Sanierungskoalition“, sondern eine der doppelten Verschwendung. Statt einer Defizitreduzierung unter 63 Milliarden liegen wir heute bei knapp 100 Milliarden. Durch den EU-Beitritt werden es demnächst über 140 Milliarden sein. Die Staatsverschuldung von 600 Milliarden vor acht Jahren wurde verdoppelt; nimmt man die sogenannten außerbudgetären, also versteckten Schulden hinzu, die Haftungen für Kredite, die Verschuldung von Ländern und Gemeinden, so hat diese Koalition jedem Neugeborenen bereits eine Schuldenlast von einer Viertelmillion aufgebürdet. Statt zu Steuersenkungen kam es zum Gegenteil: Die Abgabenquote liegt mit 43,5 Prozent bei ihrer Rekordmarke. Die offizielle Arbeitslosigkeit betrifft bereits 200.000 Menschen, und eineinhalb Millionen Österreicher leben an der Armutsgrenze. Den versprochenen Wohlstandszuwachs gab es nicht bei den Bürgern. Dafür umso mehr bei Pensionen, Abfertigungen und Pfründen der Regierenden und ihrer Günstlinge im staatlichen Bereich. Der Bundeskanzler ging dabei, und nur dabei, als leuchtendes Beispiel voraus.

Die Entlastung der Wirtschaft zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, die Entsteuerung der Arbeitskraft, zur Erhöhung der Kaufkraft der Bürger, und damit Leistung sich auch wieder lohnt, blieben aus. Die versprochenen Privatisierungen erfolgten halbherzig oder gar nicht. In vielen Fäl-

len war die Privatisierung auch nicht mehr möglich. Für über 40.000 Arbeitnehmer der Verstaatlichten Industrie brachte die Koalition schon davor den Verlust der Arbeitsplätze und der Betriebe.

Die einzige offenkundige Sorge der Koalition, die sie zur Einheitspartei zusammenschweißt, ist offenbar der Machterhalt. Ihre einzige Zielstrebigkeit war diejenige nach der Flucht aus der Verantwortung. Die Flucht nach Brüssel: ohne Wenn und Aber, und ohne Rücksicht auf den Stand der innerstaatlichen Vorbereitungen.

Es ist also nicht eine Erfolgsbilanz, auf die sich die Regierung in ihrem Werben um die Erneuerung des Wählervertrauens berufen kann. Sie hat keine Reformen und Erneuerungen gebracht. Sie hat die verkrusteten Strukturen nur weiter zementiert. Während in Tschechien, das erst vor fünf Jahren die Freiheit erlangte, die offene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Innovation, Investition und Wachstum bringt, stagniert Österreich in Wahrheit. Denn das ausgewiesene Wachstum ist auf Pump. Stärker als alles andere wächst die Verschuldung.

Da es nicht die Erfolge sind, die den Koalitionsparteien den Machterhalt sichern können, versuchen sie es durch die Konzentration der Macht. Wo die überzeugenden Argumente fehlen, werden solche durch Regierungsallmacht ersetzt.

### „Gefügigkeit ist zum Schlüsselwort geworden“

Gefügigkeit ist zum Schlüsselwort geworden. Da sich die Probleme nicht verringert haben, deckt man sie zu. Und wo dies nicht gelingt, wird die Kritik daran unterbunden. Demokratie ist der

Wettbewerb von Ideen: Die Machthaber sehen darin jedoch immer weniger eine Errungenschaft als vielmehr eine Bedrohung ihrer Macht. Der freie Wille der Bürger ist ihnen keine Verpflichtung mehr. Er stört sie. Damit droht uns aber nicht nur ein relatives Hintertreffen im Vergleich zu Tschechien, sondern ein Rückfall in Zustände, die dort längst überwunden sind. In allzu vielen Bereichen wird die Demokratie erstickt. Zu den ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Problemen unseres Landes kommen so noch viel gravierendere hinzu. Denn immer mehr geht es um Grund- und Freiheitsrechte!

Für uns Freiheitliche ist das nichts Neues, könnte man zynisch sagen. Aber es ist bitter: Wir sind heute so stark wie nie zuvor, und dennoch stehen wir in vieler Hinsicht wieder dort, wo unsere nationalliberalen Vorfahren vor 150 Jahren begonnen haben. Damals haben sie, der akademische Legionär Schulter an Schulter mit dem Arbeiter, die Grund- und Freiheitsrechte erkämpft. Dies geschah lang bevor es Sozialdemokraten oder Christlichsoziale überhaupt gab. Vielleicht gehen sie deshalb mit den Grund- und Freiheitsrechten leichtfertiger um. Damals haben viele Nationalliberale „für Freiheit und für Recht“ ihr Leben gelassen. Erkennen wir heute die Gefahren, rechtzeitig.

Viele sehen freilich die Gefahren nicht, sind nicht oder noch nicht direkt betroffen. Aber sehen wir nicht alle, daß die damalige Flucht ins Biedermeier heute ihr Gegenstück hat: als Politikverdrossenheit und Flucht in den Konsum, wo man sich ihn noch leisten kann? Die Blumenkistchen und das Klavier in der Stube von damals wurden durch Urlaubsflucht aus dem Alltag und Computer-

spiele ersetzt. Auf der Strecke bleibt der Idealismus, die alleinige Kraft für eine positive gesellschaftliche Entwicklung. Werte und Ideale wollen auch gelebt werden!

Das hat wiederum sehr viel mit den Grund- und Freiheitsrechten zu tun. Erst wenn wir das erkennen, erkennen wir, wie tiefgreifend die Erneuerung sein muß.

Messen wir doch den Zustand unseres Staates an den Grundsätzen, die unsere nationalliberalen Vorfahren vor eineinhalb Jahrhunderten festgeschrieben haben!

### „Wo ist die Gleichheit vor dem Gesetz?“

Unser Staatsgrundgesetz stammt aus dem Jahr 1867. Es ist das wichtigste Gesetz unserer Geschichte, und es gilt bis heute.

Sein Artikel 2 legt die Gleichheit vor dem Gesetz fest. Gibt es die? Wie viele sind „gleicher“? Unsere Alten müssen für ein hartes Arbeitsleben durch schlimmste Zeiten mit ein paar tausend Schilling Pension auskommen, während Günstlinge für einige Jahre der Pleitenverwaltung in der Verstaatlichten Millionen zum Abschied erhalten. Unser angeblich sozialdemokratischer Kanzler erwirbt für ganze drei Jahre in einer defizitären Staatsbank als Jungvierziger, sofort auszahbar bis ans Lebensende, eine Pension von vier Millionen im Jahr. Das hätte es nicht einmal für Metternich gegeben! Wo ist die Gleichheit vor den Sozialgesetzen? Wo ist die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn ein der SPÖ genehmer Peter Pilz mich ungestraft verleumden darf, aber, im umgekehrten Fall, ein freiheitlicher Politiker natürlich sofort verurteilt wird? Wo ist die Gleichheit vor der Justiz, wenn gegen

einen freiheitlichen Politiker wegen des falschen Vorwurfs des Zeitungsdiebstahls ein Verfahren eingeleitet wird, gegen einen Wiener SPÖ-Stadtrat, der amtsmißbräuchlich per Weisung Hunderttausende Schilling Miete an die SPÖ verschenkt hat, aber nicht? Es ist keine Gleichheit, wenn manche alles dürfen, andere aber unter die Knute kommen.

Wie ist es mit Artikel 3, dem gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern? War es schon bisher so, daß zumindest bei gleicher Qualifikation Roten oder Schwarzen gegenüber anderen der Vorzug eingeräumt wurde, so hat unsere Regierung dies geradezu gesetzlich verankert. Unter dem Titel einer angeblichen Besoldungsreform, die Leistung honorieren sollte, wurde ein System geschaffen, das nicht Leistung, sondern Funktionen, also bestimmte Posten honoriert, zum Teil bis zum Dreifachen des bisherigen Gehalts. Wer auf einen solchen Posten kommt, bestimmt der politische Minister. Und damit dies auch nicht auffällt, läßt er sich von der Personalvertretung beraten. Hierzu hat die Regierung allerdings zuvor das Ausschreibungsgesetz geändert: Nur mehr rote und schwarze Personalvertreter, die „beiden größten Fraktionen“ in den Zentralausschüssen, dürfen mitreden. Das ist der totale Griff auf die Beamten, das ist ein Rückschritt hinter Maria Theresia zurück, die das unabhängige Beamtentum eingeführt hatte.

Wie sieht es bei den Höchstgerichten aus? Sie werden über Vorschlag der Regierungsparteien besetzt. Die Verwaltungsgerichtshofspitze wurde vor kurzem einträchtig rot-schwarz besetzt, für den Verfassungsgerichtshof durfte der ÖVP-Bundespräsident wählen: zwischen drei Roten aus einem SPÖ-Vorschlag. Zwar sind wir noch nicht ein-

mal EU-Mitglied, so werden doch schon, ungeniert und offen, die Posten in Brüssel zwischen einem roten Staatssekretär und dem schwarzen Busek-Kabinettt aufgeteilt.

Der Artikel 5 des Staatsgrundgesetzes sichert die Freiheit des Eigentums. Das ist ein Wert, darauf beruht die freie wirtschaftliche Entfaltung freier Bürger; Eigentum ist Unabhängigkeit. Doch wird Eigentum auch gefördert? Im Gegenteil. Milliarden an Steuergeldern gehen an rote und schwarze Wohnbaugenossenschaften, um dort die Abhängigkeit der Mieter von der Partei zu fördern. Was ist das Eigentum an Betrieben wert, in denen dem Unternehmer jede Gestaltungsfreiheit genommen wird, weil Verordnungen, Vorschriften, Behörden und mangels Eigenkapital auch noch rot-schwarze Banken das Sagen haben? Was ist die Freiheit des Eigentums wert, wenn von jedem erarbeiteten Schilling bei einer Abgabenquote von über 43,5 Prozent der Staat die Hälfte nimmt? Wenn eine Familie deshalb die Mittel für eine Wohnung nie im Leben zusammenbringt, aber dafür mit dem Gegenwert einer Eigentumswohnung durch Staatsschulden belastet ist? Welchen Respekt vor dem Eigentum hat eine Regierung, die durch unsinnige Gesetze reichen Altmietern weiterhin zur Billigstmiete verhilft, während junge Wohnungssuchende keine Wohnung finden, weil die sich als enteignet fühlenden Vermieter eben Wohnungen lieber leerstehen lassen?

Wie steht es mit Artikel 12, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit? Die Vereinigungsfreiheit hat mehrere Seiten: Da geht es einmal darum, daß die Wahl frei sein muß. Wir dürfen zwischen Sportvereinen wählen, und sogar zwischen einem roten und einem schwarzen Autofahrerklub. Aber zwi-

schen Gewerkschaften nicht: Der ÖGB hat ein Monopol, und nur er schließt die Kollektivverträge. Es geht aber auch um noch Grundsätzlicheres. Die Freiheit der Vereinigung bedeutet natürlich auch die Freiheit der Nichtvereinigung. Der Artikel 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sagt es deutlich: „Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.“ Diese Freiheit verwehrt uns die Regierung weiterhin, indem sie an der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern samt deren Zwangsfinanzierung, für Arbeitnehmer wie für Selbständige, festhält. Zwangsinteressenvertretungen vertreten Zwangsinteressen: Die gibt es nicht. Immer weniger fühlen ihre Interessen durch die Kammern auch tatsächlich vertreten. Statt jedoch den Schritt in Richtung Freiheit zu gehen, freiwillige Kammern zu schaffen, deren Leistung am Zuspruch ihrer Mitglieder gemessen werden kann, geht die Regierung den umgekehrten Weg. Nicht nur jenseits aller Interessen, sondern auch jenseits aller wirtschaftlichen Vernunft wurden die Zwangsbeiträge auch noch erhöht, und zwar in Anteilen vom Umsatz. Haben sich unsere Regierung und unsere Zwangskammern schon so weit von der echten Wirtschaft abgehoben, daß sie den Unterschied zwischen Umsatz und Gewinn nicht mehr verstehen?

### „Grundlage jeder Demokratie ist die freie Information“

Grundlage jeder Demokratie, der freien Entscheidung der Bürger, ist die freie Information. Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes garantiert die Meinungs- und Pressefreiheit. Gibt es sie wirklich? Bis zum heutigen Tag haben wir als allerletz-

tes Land in ganz Europa noch immer das ORF-Monopol, ein Meinungs- und Informationsmonopol für einen Regierungsfunk. Es ist allerdings nur mehr eine Verzögerungstaktik der Regierung: Denn im vergangenen Herbst ist es uns Freiheitlichen gemeinsam mit einigen anderen Klägern gelungen, dieses Monopol durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg zu brechen. Gibt es etwas Beschämenderes für eine Regierung, als verurteilt zu werden wegen der Verletzung eines Grundrechts, das seit 150 Jahren in der Verfassung steht? Ist es denn wirklich nötig, daß wir auch noch weitere Grundrechte im Ausland, in Straßburg, einklagen müssen?

Das Meinungsmonopol des Rundfunks ist in Wahrheit nur die Spitze des Systems. Wie sieht es bei den Zeitungen aus, wem gehören sie, wer schreibt darin? Wenn sie nicht direkt bzw. indirekt von den Regierungsparteien abhängig oder im Eigentum ihrer Vorfeldorganisationen sind, wie „Die Presse“, „Kurier“, „profil“, „Kärntner Tageszeitung“ usw., usw., so hängen sie, oft auch zusätzlich zur Parteiabhängigkeit, von ausländischen Geldgebern ab, wie „Der Standard“, „News“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kronen Zeitung“ usw. Fast alle stehen noch in einem weiteren Abhängigkeitsverhältnis: nämlich von der Regierung, durch Subventionen. Mit 300 Millionen im Jahr läßt sich Gefügigkeit erkaufen. Manche Tageszeitung erhält bis zu 40 Millionen im Jahr: Wird so eine Zeitung ungenießbar, verliert sie ihre Subvention, dann gibt es sie nicht mehr. Welche personellen Konsequenzen die Medienabhängigkeit von der Macht hat, konnte man unter dem Titel „Das rote Medien-Netzwerk“ in einem Fall wohl unbedachten Aufbäumens bei Anneliese Rohrer unlängst in der „Presse“ lesen:

„In der ‚Krone‘ vom Sonntag fragte Conny Bischofberger beinhart nach den Liebesbriefen, die der Bundeskanzler bekommt. Sie ist die Lebensgefährtin Hans Mahrs, früher für einige Zeit SP-Wahlkoordinator, jetzt RTL-Nachrichtenchef. Im ‚profil‘ ist Herbert Lackner aus dem inzwischen eingestellten SP-Parteiorgan ‚Arbeiter-Zeitung‘ einer der beiden Chefredakteure. ‚News‘ wird von Peter Pelinka, früher Chefredakteur der AZ, geleitet. Im ‚Kurier‘ arbeiten Vranitzky-Biograph Hans Rauscher und Daniela Kittner, vormals ebenfalls AZ. ‚Der Standard‘ hat Günter Traxler, auch von der AZ. Besitzer des Magazins ‚Wiener‘, das erst vor kurzem das Magazin ‚Basta‘ zwecks Einstellung aufgekauft hat, ist Werbemann Hans Schmid, ein guter Freund Vranitzkys. Und den ORF soll bekanntlich ab Oktober der ehemalige Pressesekretär von Fred Sinowatz, Gerhard Zeiler, als Generalintendant führen.“

Die Rolle der Medien vor der EU-Abstimmung sollte uns allen, auch den EU-Befürwortern, zu denken geben. Alles werde billiger, Steuererhöhungen werde es nicht geben, wurde verheißen. Seither vergeht kaum ein Tag, ohne daß nicht stückweise die Wahrheit an den Tag tritt. Autos werden nicht billiger, Japaner deutlich teurer, vom Benzin über Diesel bis zu den Südfrüchten wird vieles teurer, 40 Milliarden mehr Budgetdefizit für 1995 gibt der Finanzminister nun zu, im gesamten medizinischen und sozialen Bereich kommt das Erwachen: 10 Prozent mehr Mehrwertsteuer. Manche Medien erwähnten nun sogar schon, trotz Vorwahlzeit, daß in zwei Jahren dank EU auch die Mieten um 10 Prozent verteuert werden. Bis zum 12. Juni waren sie gleichgeschaltet.

Drastischer hätte die Meinungsmanipulation gar

nicht bewiesen werden können, als durch das nunmehrige Eingeständnis der Kirche, nicht informiert gewesen zu sein. Ganze 550 Millionen mehr an Mehrwertsteuer wird die Kirche jährlich für ihre sozialen Leistungen erbringen müssen, dreieinhalb Milliarden hat sie zurückzuerstatten. Als dem Sekretär der Bischofskonferenz, Michael Wilhelm, diese Zahlen im Juli bewußt wurden, gab er gegenüber der „Furche“ unumwunden zu: „Man hat uns total ausgetrickst, es trifft den Lebensnerv unserer karitativen Einrichtungen.“ Waren Kardinal König oder Pater Paterno, die Ja-Empfehlungen abgaben, richtig und vollständig informiert? Gewiß nicht.

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Vorselektion der Information und Manipulation ist der größte Feind der Demokratie. Bei der Meinungsfreiheit liegt heute eines der größten Probleme unseres Staates. Zugegeben, es ist geschickt gemacht. Im ehemaligen Ostblock wußten die Bürger, was sie von ihren Medien zu halten haben. In Österreich entdecken es viele erst sehr langsam: daß in der „Frankfurter Allgemeinen“, der „Süddeutschen“ oder der „Neuen Zürcher Zeitung“ mehr Wahrheit über Österreich zu finden ist als in den meisten hiesigen Medien.

Die Meinungsfreiheit geht Hand in Hand mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit, Artikel 14 des Staatsgrundgesetzes. Sie betrifft nicht nur das religiöse Gewissen. Druck auf das Gewissen, Angst vor der eigenen Meinung, das haben wir in den letzten Jahren wieder kennengelernt. Das Volksbegehren „Österreich zuerst“ brachte eine ungeahnte Mißachtung der Gewissensfreiheit durch die Machthaber an den Tag. Die zwölf Forderungen des Volksbegehrens enthielten nichts anderes als

Normen, die in fast allen anderen Staaten Europas seit langem normal sind. Welches sogenannte „unabhängige“ Medium hat die zwölf Punkte wörtlich verbreitet? Mir ist keines bekannt. Dafür gab es umso mehr Unterstellungen: Hunderttausende wurden verunsichert oder gegen die Freiheitlichen aufgehetzt. Es wurde, weil trotz der Einschüchterungsversuche über 400.000 Bürger dem Gewissensdruck standhielten, dennoch das erfolgreichste Volksbegehren der Geschichte. Unter seinem Druck änderte die Regierung die Ausländergesetze. Dadurch wurden „Auswüchse und die Zunahme der Ausländerfeindlichkeit, Zustände wie in Deutschland, verhindert“. Das waren jetzt Zitate. Zitate des sozialistischen Innenministers, vor drei Wochen in der Presse. Wie heuchlerisch der Gewissensdruck war, ersieht man an der angeblich umstrittensten Forderung des Volksbegehrens: eine 30-Prozent-Grenze für Kinder nichtdeutscher Muttersprache in den Schulklassen. Abgesehen davon, daß dies dem Berliner Modell Richard von Weizsäckers entsprach, forderte unlängst die ÖVP 25 Prozent.

### **„Seien wir wachsam gegenüber dem Gewissensdruck!“**

War der Gewissensdruck, die Erzeugung von Angst, vor der EU-Volksabstimmung denn viel geringer? Günther Nenning beschrieb danach das Zusammenspiel zwischen Regierung und Medien in den letzten Wochen vor der Abstimmung so: „Wenn ihr nicht ordentlich abstimmt, werden wir euch die Steuern erhöhen; wird der Schilling in Gefahr geraten; werdet ihr um eure Pensionen kommen; wird euch das Urlaubs- und Weihnachtsgeld entzogen.

Jeden Tag eine Erpressung - und weich sind's worden. Ein fulminantes Furioso und Finale - Gratulation, rot-schwarze Koalition! Gekonnt ist gekonnt." Wo Nennung diese Sätze schrieb? Im Brancheninsider-Magazin „Der österreichische Journalist“. Sonst hätte ihn dies wohl niemand schreiben lassen.

Seien wir wachsam gegenüber dem Gewissensdruck! Österreich hat Ähnliches schon erlebt: Es endete jedesmal fürchterlich.

Seien wir auch wachsam, was die Glaubens- und Gewissensfreiheit in bezug auf die Religionsfreiheit betrifft. Unsere nationalliberalen Vorfahren haben auch diese Freiheit errungen. Damals vor allem deshalb, damit die Politik nicht vor den Karren der Interessen der Kirche gespannt wird. Aber auch diese Freiheit gilt nach beiden Seiten. Wir werden heute die Kirchen davor schützen, daß sie vor den Karren der Politik gespannt werden. Die ehrliche Trennung von Kirche und Politik ist dafür noch allemal der beste Weg. Es ist seltsam genug, daß so mancher Kirchenfürst die sozialistischen Umarmungsversuche nicht zu durchschauen scheint.

Wie wird mit der Freiheit der Wissenschaft und Lehre, Artikel 17, umgegangen? In kaum einem anderen Bereich ist, und gewiß nicht zufällig, der parteipolitische Druck so hoch wie im Bildungswesen. Gibt es in Niederösterreich fast nur schwarze Lehrer, sind es in Wien fast nur rote. Von den Direktorenposten nicht zu reden. Unsere Kinder brauchen Ausbildung, nicht politische Verführung. In Klagenfurt wurde die Universität weitgehend so besetzt, daß man sie gleich Anti-Haider-Kolleg taufen könnte. Mit Freiheit und mit Wissenschaft hat dies kaum mehr etwas zu tun. Dafür verlor der

ehemalige Vorsitzende des Verbands Sozialistischer Studenten Österreichs und spätere Kreisky-Sekretär Günter Rehak sofort seinen Lehrauftrag für Statistik an der Universität Wien. Weil er nämlich im Gegensatz zu manchen Klagenfurter Politologen-Kollegen das demokratische Gespräch mit den Freiheitlichen gesucht hatte. Dafür hat heute der Palmers-Entführer und RAF-Terrorist Pitsch einen Lehrauftrag!

Freiheit ist das nicht.

Freiheit ist wohl nicht einmal dort wirklich gegeben, wo sich sozialistische Regierungen solche erst später selbst in das Staatsgrundgesetz eingefügt haben, wie 1982 die Freiheit der Kunst. Welche oder besser gesagt wessen Freiheit ist es, wenn manche Künstler darben, während sich ein Kunstminister Scholten angesichts freier Burgtheaterstühle die Freiheit nimmt, die Peymanns, Nitschs, Mühls oder Fäkalkünstler wie Brus und Kolig mit Subventionen zu überschütten? Die Freiheit der Kunst wäre gut, aber die Verschwendung und der Mißbrauch von Steuergeldern sind weder eine Kunst, noch je frei gewesen.

### „In der Schweiz ist das demokratische Prinzip keine Phrase“

Unser Grundrecht auf Demokratie ist als erster Artikel in der Bundesverfassung verankert: „Das Recht geht vom Volk aus.“ Wir haben uns daran gewöhnt, diesen Satz als blumige Phrase zu sehen. Weil wir natürlich wissen, daß in Wahrheit sehr wenig Recht vom Volk ausgeht, und nicht einmal von dessen Vertretern im Parlament. Viele haben sich damit abgefunden, daß es eine Papierverfassung und eine Realverfassung gibt. In der

Realität bestimmen Parteien, Gewerkschaft, Kammern, die sogenannten Sozialpartner. Aber muß es so sein? In der Schweiz ist das demokratische Prinzip keine Phrase, sondern gelebte Realität. War die Demokratie in Österreich lange Zeit bloß auf ein Wechsel- bzw. Zusammenspiel von Rot und Schwarz und ihrer Interessenverbände beschränkt, so konnten die Freiheitlichen durch ihre Wahlerfolge der letzten acht Jahre für einigen frischen, demokratischen Wind sorgen: Wir haben die Themen vorgegeben, manches Unheil abgewendet, Privilegien abgebaut, Mißstände aufgedeckt, Kontrolle gebracht. Trotz der Realverfassung, die am Parlament vorbeigeht.

Was aber wird aus unserem Demokratieprinzip nach dem EU-Beitritt, wenn 80 Prozent der Gesetze in Brüssel gemacht werden, und sich ein undurchsichtiges österreichisches System mit einem undurchsichtigen System der Lobbyisten in Brüssel multipliziert? Wie sehr den Regierungsparteien daran gelegen ist, das Demokratieproblem zu verdecken, sahen wir bei der Volksabstimmung. Sie war nicht wegen der gestellten Beitrittsfrage notwendig geworden, sondern wegen der damit verbundenen Gesamtänderung der Verfassung. Der zwingende Grund für die Volksabstimmung war die Änderung folgender Verfassungsprinzipien: des demokratischen, des rechtsstaatlichen, des gewaltentrennenden und des föderalistischen. Es zeugt von Mut, daß selbst koalitionsnahe Experten des Verfassungsdienstes darauf aufmerksam machen wollten, ja selbst der koalitionsnahe Präsident des Verfassungsgerichtshofs seine Bedenken äußerte. Dem Bürger hat die Regierung dies dennoch verschwiegen: darunter die einfache Tatsache, daß mit dem EU-Beitritt das Recht nicht einmal mehr auf

dem Papier vom Volk ausgehen muß. Wollen wir nicht Opfer eines Verantwortungsspiels zwischen Wien und Brüssel werden, wollen wir weiterhin im eigenen Land etwas zu sagen haben, dann werden wir eine Absicherung unserer Demokratie benötigen. So wie das in selbstbewußten EU-Staaten der Fall ist: durch eine Mitsprache des Parlaments, ehe Gesetze in Brüssel beschlossen werden; durch eine wirkliche Kompetenzsicherung für die Länder und Gemeinden, durch eine Aufwertung des Bundesrats als Länderkammer, durch stärkere Kontrollrechte im Parlament, und durch die Erleichterung direktdemokratischer Initiativen, die, wie in der Schweiz, zu verbindlichen Volksentscheiden führen müssen. Wenn wir in all diesen Grundrechtsbereichen nicht hellhörig werden, könnte es geschehen, daß wir auf kaltem Wege, aber sicher, Schritt für Schritt unsere mühsam errungenen Bürgerrechte wieder abgeben. Statt Herrscherhaus und Adelsvorrecht gäbe es dann bloß eine andere Art von Klassengesellschaft. Eine Gesellschaft mit einer neuen Klasse der Nehmer, aus Bürokraten und Lobbyisten auf der einen, und der Klasse der Geber, der zahlenden Bürger, auf der anderen Seite.

Die Gefahr der Politikverdrossenheit, die, wie wir aus unseren eigenen Erfolgen sehen können, wohl eher eine Koalitionsverdrossenheit ist, darf nicht zur Lethargie führen. Wir müssen den klaren Blick für das Wesentliche schärfen: Hinter vielen scheinbaren Nebensächlichkeiten versteckt sich ein Grundrechtsproblem. Wieviel ist beispielsweise das Menschenrecht auf Gehör vor einem unabhängigen Gericht wert, wenn durch das Weisungsrecht des politischen Ministers die Staatsanwaltschaft gar kein Verfahren einleiten darf? Niemand soll

ohne Gehör und ohne Gericht verurteilt werden. Aber jeder Schuldige soll sich auch vor einem Gericht verantworten müssen.

### „Das Recht auf Heimat als Bürgerrecht“

Lassen wir uns auch nicht in die Irre führen. Unter dem Deckmantel humanitärer Motive versuchen uns manche nach wie vor ein Recht auf Einwanderung einzureden. Dieses Recht gibt es nirgendwo. Hingegen gibt es das Recht auf Heimat, und zwar als Bürgerrecht! Wirkliche Humanität, sofern es sich nicht um Flüchtlinge handelt, beweist man, indem man Wanderungen vorbeugt, vor Ort, durch Hilfe: damit jedes Volk von seinem Recht auf Heimat auch etwas hat.

Multikulturelle Experimente mit offenen Grenzen dienen einer alten Ideologie. Nur verdeckt, weil es ein umgekehrter Ansatz ist: Es handelt sich um nichts anderes als um die alte marxistische Theorie der Umverteilung. Nur daß diesmal nicht das Geld zu den Menschen, sondern die Menschen zum Geld umverteilt werden sollen. Umverteilung führt immer, wie die Geschichte bewiesen hat, zur Armut für alle. Verteilt man die Menschen um, ist dies allerdings noch viel gefährlicher. Weil dies zu sozialen Spannungen und Gewalt führt; weil dies auch im Gegensatz zu den bürgerlichen und sozialen Menschenrechten steht. Nicht umsonst wurde den Menschenrechtspakten der UNO das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorangestellt, mit dem Wortlaut: „Jedes Volk hat das Recht, frei über seinen eigenen Reichtum und seine Ressourcen zu verfügen.“ Nicht umsonst unterscheiden die Menschenrechte sorgfältig zwischen allgemeinen Rechten und politischen Rechten von Staatsbürgern.

Nicht umsonst enthält auch der Artikel 16 der Menschenrechtskonvention ausdrücklich die Bestimmung, daß „politische Tätigkeiten von Ausländern“ eingeschränkt werden können. Macht man davon nicht rechtzeitig Gebrauch, importiert man den Krieg: wie Deutschland den türkisch-kurdischen.

Die Freiheitlichen werden jetzt und für die Dauer der Koalition auf diese Verpflichtungen der Regierung gegenüber dem eigenen Volk pochen: sie daran erinnern, daß weder die Flucht aus der Regierungsverantwortung nach Brüssel, noch falsche Humanität von ihrer Verantwortung ablenken können.

Auch im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich gibt es Grundrechtspflichten für die Regierung. Die Demontage der Verstaatlichten, die Debakel bei AMAG oder DDSG, sind nicht das, worauf die Bürger gemäß Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Anspruch haben, nämlich auf den „Schutz gegen Arbeitslosigkeit“. Die Ermutigung zum Sozialmißbrauch, weil Leistung bestraft wird, während dort, wo Hilfe wirklich gebraucht wird, keine kommt, ist ebenfalls nicht das, was Artikel 25 unter der Regierungspflicht zur „Sicherung des Lebensstandards“ versteht. Daß sich einige im Sonnenlicht der Macht auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, während immer mehr im Schatten stehen, in die Nähe der Armutsgrenze rücken, Pensionisten der Lebensunterhalt gekürzt wird: Das haben wir schon gehabt. Fordern wir die Grund- und Freiheitsrechte ein, und verändern wir allein dadurch das Land!

## „Wer den Mut zur Demokratie nicht hat, der wird sie verlieren“

Der Mut, die Rechte, die man schon hat, auch zu beanspruchen, kann nicht zuviel verlangt sein. Denn: Wer den Mut zur Demokratie nicht hat, der wird sie verlieren. Zeigen wir unseren Mitbürgern die Wahrheit auf, wie es mit den Grundlagen unseres Staates wirklich steht, und zeigen wir denjenigen, die das nicht wahrhaben wollen, weil sie in der Vergangenheit verhaftet sind, gleichgültig ob bei Victor Adler und Bruno Kreisky, oder bei Leopold Figl und Julius Raab, zeigen wir ihnen eines: Wie Macht korrumpiert, und Demokratie daher die Kräfteveränderung braucht.

Das freiheitliche Programm, die freiheitlichen Thesen und die Wahlplattform der 14 Punkte enthalten unsere Werte, unsere Ziele und unseren Weg dorthin. Es ist ein ehrlicher Weg, und es ist ein Weg, der schon in vielen Staaten erfolgreich gegangen wurde. Wir waren, als Partei und als Staat, diesen Zielen auch schon näher. Viele Versprechungen der Koalition decken sich mit unseren Zielen: Nur, daß diese Koalition ihre Ziele nicht nur nicht erreicht hat, sondern ständig hinter bereits Erreichtes zurückgefallen ist: in der Verschuldung, in der Budgetpolitik, in der Sicherheitspolitik, bei der Privatisierung. Und daß die Koalition die Kritik an ihrem Unvermögen durch ein fahrlässiges bis gefährliches Spiel mit den Grundrechten zu ersticken sucht.

Was hindert die Regierungsparteien - aus eigenem oder gern mit unserer Hilfe -, Demokratie und Bürgerrechte zu stärken? Mit freiwilligen, leistungsorientierten Interessenvertretungen; mit mehr Kontrollrechten im Parlament; mit Direktwahlen von

Bürgermeistern und Landeshauptleuten; mit mehr Bürgerverantwortung statt der unverständlichen Gesetzesflut; mit einer abgespeckten Verwaltung wie in der Schweiz, und mit dem direkt-demokratischen Korrektiv, daß 100.000 Unterschriften zu einer Volksabstimmung führen. Damit die Regierung sich nie zu weit vom Volk entfernen kann.

## „Derzeit trägt der Mittelstand alle Last“

Wäre es nicht möglich, ja sogar höchste Zeit, den Koalitionsbekenntnissen wie auch unseren Forderungen entsprechend, die Wirtschaft zu entlasten? Derzeit trägt der Mittelstand alle Last: für die Subventionen und die Pleiten der Großen, und für das Arbeitslosengeld der dort Entlassenen. Wenn Produktivität auf Dauer bestraft wird, hört sie auf. Eine wirkliche Privatisierung ist nötig, nicht nur der Gewinne, auch der Verluste; Senkung der Lohnnebenkosten und Steuern, Förderung von Eigenkapitalbildung und Investition. Ein Großteil der Behördenverfahren und Verwaltungsschikanen ist überflüssig, der Vollzug notwendiger Gesetze kann weitgehend der Eigenverantwortung der Betriebe übertragen werden: Was im Bereich der Kraftfahrzeugüberprüfung möglich war, geht in vielen anderen Bereichen auch. Laßt den Markt arbeiten. Es ist ein Unding, daß ärmelschonertragende Bleistiftspitzer und Schreibtischstrategen die Macht haben, unternehmerisches Schaffen zu unterbinden. In einer wirklichen Marktwirtschaft ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. In Österreich ist alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Im funktionierenden Wettbewerb könnte niemand einen ungerechtfertigten

Gewinn aus der Macht erzielen: Daher wirksame Kartellgesetze, Fusionskontrolle, Entflechtungen. Es hat auch keinen Sinn, über die Sicherung von Arbeitsplätzen zu philosophieren, wenn man die Betriebe, zu denen sie gehören, erdrückt, oder, wie etwa im Bereich der Landwirtschaft, der Lebensmittel- und der Automobilzulieferindustrie, unvorbereitet einem völlig ungleichen Wettbewerb mit der EU aussetzt. Es hat auch keinen Sinn, über den Höchstsatz der Einkommensteuer zu diskutieren, wenn in Wahrheit über direkte und indirekte Steuern, Abgaben und Lohnnebenkosten alle, ganz gleich ob arm oder reich, annähernd gleichermaßen von der enormen Abgabenquote von 43,5 Prozent betroffen sind. Wir brauchen keine ideologischen Debatten, sondern gleichzeitig mit der Entlastung der Betriebe auch die Entlastung der Arbeitnehmer, damit ihre Kaufkraft steigt. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit in einer Zeit zunehmender Konkurrenz aus Billiglohnländern.

### „Die Familie wieder aufwerten“

Ein flexibleres Arbeitsrecht und Betriebsvereinbarungen statt dem Kollektivdiktat der Gewerkschaft hätte manchen Betrieb und manchen Arbeitsplatz gerettet. Die Solidarität derer, die es noch - nicht betrifft, ist keine Solidarität. Natürlich braucht die Wirtschaft auch Gastarbeiter: Aber wäre nicht endlich die Einführung des Saisonierstatus wie in der Schweiz angezeigt, zur Vermeidung des Verdrängungskampfs um Dauerarbeitsplätze, im Interesse der Sparsamkeit mit Sozialausgaben, im Interesse der Entwicklung der Herkunftsländer der Gastarbeiter? Wäre es nicht

gerechter, humaner und gesellschaftspolitisch richtiger, die Familie wieder aufzuwerten, durch eine Besteuerung des Familieneinkommens pro Kopf und die direkte Förderung von Familienleistungen? Das käme noch immer weit billiger als mancher Kindergarten oder Pflegeheimplatz, und die Entscheidung zwischen Beruf und Haushalt wäre wirklich frei.

Über 200.000 Österreicher suchen eine Wohnung, aber ebensoviele Wohnungen stehen leer. Weil die einfachsten Gesetze des Marktes außer Kraft gesetzt sind. Warum gibt es nicht die gleiche Förderung für genossenschaftliche wie private Bauherren? Warum fördert man überhaupt die Bauherren, statt die förderungswürdigen Bewohner? Die Subjektförderung von Einkommensschwachen durch Mietkostenbeihilfen oder Wohnbauschecks wäre gerechter und billiger als das derzeitige System. Das noch dazu in einem ausgeglichenen freien Markt. Es geht nicht an, daß, nur um parteipolitische oder ideologische Positionen aufrechtzuerhalten, Österreicher ohne Wohnung sind. Nicht nur durch eine Beendigung der Verschwendungspolitik, sondern vor allem durch eine sozialere Sozialpolitik könnte der Staatshaushalt ins Lot gebracht werden. Durch die sozialrechtliche Gleichstellung aller Erwerbstätigen und die Abschaffung von Privilegien; durch verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen bei der Arbeitslosenversicherung und private Arbeitsvermittlung statt der bisherigen Arbeitslosenverwaltung; durch einen schrittweisen Übergang zu mehr sozialer Eigenvorsorge und die damit verbundenen Leistungsanreize.

## „Das Risiko für Opfer vergrößert sich mit der Verringerung des Risikos für Täter“

So wie das Sozialsystem, sind auch die Sicherheitspolitik und die Justiz permissiv geworden. Die Kriminalität nimmt zu, das Risiko für potentielle Opfer vergrößert sich umgekehrt proportional zur Verringerung des Risikos für Täter. Umdenken ist geboten: Die Exekutive muß gestärkt werden, will sie der internationalen Kriminalität, dem Bandenwesen, dem Drogenhandel, gewachsen sein. Strafen müssen wieder abschreckend wirken, und für sozialpsychologische Experimente auf Kosten der Sicherheit unschuldiger Bürger ist kein Platz. Die bestialischen Morde vorzeitig entlassener Triebtäter in der letzten Zeit haben bewiesen, daß lebenslang auch lebenslang bedeuten muß.

Worauf warten wir in der Umweltpolitik? Worauf hat die Koalition gewartet? Nichts von ihren Versprechungen für eine ökologische Steuerreform wurde verwirklicht. Dabei ist gerade heute die Entsteuerung der Arbeit zu Lasten der Besteuerung des Ressourcenverbrauchs auch aus beschäftigungspolitischen Gründen vordringlich. Wir sind stolz auf die Schönheit unseres Landes. Es ist die Schönheit unserer Umwelt, um die es geht. Unsere Kulturlandschaft hängt vom Überleben der bäuerlichen Betriebe ab: Direktzahlungen unter ökologischen Auflagen zum Boden- und Grundwasserschutz statt der Produktionsmengenförderung sind nötig, artgerechte Tierhaltung und strenger Tierschutz; Aufforstung von Mischwäldern und Gewässerrückbau sind ebenso unerläßlich wie die Erhaltung der gewachsenen Bausubstanz in unseren Orten und Städten. Der Schutz der Umwelt ist eine sehr konservative Aufgabe. Scheuen

wir nicht davor zurück, diesbezüglich so konservativ wie möglich zu sein.

Mit dem Beitritt zur EU wird die bisher eingeschlagene Politik des „Ohne Wenn und Aber“ ein Ende finden müssen, sollen Österreichs Interessen nicht anderen Interessen geopfert werden. Dies gilt nicht nur für den Transit, die Umweltstandards, das Demokratiedefizit in Brüssel. Das gilt vor allem für die Abwehr der Bestrebungen in Brüssel, bisherige Einstimmigkeitsregeln in Mehrheitsregeln abzuändern, wodurch Österreich immer weniger Mitsprache hätte. Vranitzky hat sich schon für solche Mehrheitsbeschlüsse ausgesprochen. Wir Freiheitlichen tun das nicht: Österreich zuerst gilt für uns auch in der EU. Das hat unsere Kritik vor der Volksabstimmung gekennzeichnet, und das bleibt auch, bei voller Respektierung des Volksentscheids, unsere Haltung danach. Das gilt auch für die Sorge um die äußere Sicherheit unseres Landes, die nicht durch die EU, sondern nur durch ein modernes professionelles Heer mit Miliz und dessen Einbindung in ein Sicherheitsbündnis garantiert werden kann.

Hinsichtlich der Grundrechte dürfte es zwischen den Parteien in Österreich keine Differenzen geben. Diese Rechte sind zu gewährleisten. Wir müssen ständig darüber wachen. Was die politische Gestaltung unserer Zukunft anbelangt, so sind die Standpunkte der Parteien teils vereinbar, teils überbrückbar. Wenn dazu nur der demokratische Wille und der Respekt vor dem Andersdenkenden vorhanden sind.

## „Was die Politik den Menschen am meisten schuldet, ist Ehrlichkeit“

Die Freiheitlichen sollen für eine harte politische Auseinandersetzung stehen: Konfrontation bewegt die Demokratie vorwärts. Aber sie werden immer gesprächsbereit sein. Ausgrenzung ist das Gegenteil von Demokratie. Hier ist einiges zu bewältigen in unserem Land. Für die Vergangenheit wie für die Zukunft. Räumen wir auf mit den Lügen, dem Diffamieren, den Heucheleien: Nur die Wahrheit ergibt ein tragfähiges, pluralistisch-demokratisches Fundament. Was die Politik den Menschen unseres Landes am meisten vorenthalten hat und am meisten schuldet, ist Ehrlichkeit.

Lernen wir aus unserer Geschichte: Damit sich manches nicht wiederholt! Erklären wir, wie es zu den Irrungen und Verbrechen kommen konnte. Damit diese nie wieder geschehen. Wer die Erklärung verweigert, verweigert die Vorbeugung für die Zukunft.

Lernen wir zu unterscheiden zwischen Ursachen, Schuld und Verantwortung. Vor allem im Interesse der jüngeren und kommenden Generation.

Wer tabuisiert, provoziert.

Wollen das einige im Land? Wir nicht.

Es darf kein Spiel mit der Vergangenheit geben. Weder durch politische Unterstellungen, und schon gar nicht durch eine Verherrlichung von Gewalt. Ob es sich um Narren oder Verbrecher, oder meist um beides zugleich handelt, um braune Wehrsportgruppen mit schwarzen Schuhbändern oder linke Kampfbrigaden mit roten Bändern auf den gleichen Stiefeln, wie jüngst bei einem Antifa-Trainingslager in Deutschland: Wir werden jede Art von Gewalt und Terrorismus schonungslos bekämp-

fen. Weil antidemokratischer Wahnsinn zu den schlimmsten Arten der Menschenverachtung zählt und am schnellsten das zerstört, was uns am wichtigsten ist: die Grund- und Freiheitsrechte.

Wir werden aber auch vor dieser Nationalratswahl mit Unterstellungen und Diffamierungen konfrontiert sein, weil viele nicht so demokratisch denken wie wir.

## „Wir werden jede Art von Gewalt und Terrorismus schonungslos bekämpfen“

Vor zwei Wahlgängen der letzten Jahre wurden jüdische Friedhöfe geschändet. Wir verurteilen diese Verbrechen und die Verbrechen der Vergangenheit doppelt: weil wir stolz darauf sind, daß auf diesen Friedhöfen, in Ehrengräbern, auch die jüdischen Mitbegründer unserer Nationalliberalen liegen, wie der spätere deutschnationale Reichsratsabgeordnete Adolph Fischhof, der die Freiheitsrede 1848 hielt.

Und wir werden uns das Denken nicht verbieten lassen, genauso wie Hans Weigel schon vor zwanzig Jahren es in einem Essay niedergeschrieben hat:

„Wenn ich Kommunist wäre, egal, ob moskautreuer, euro- oder anarchistisch-linksradikal, würde ich nachts ein Hakenkreuz malen. Hakenkreuze schaden meinen Feinden. Wenn ich Kommunist wäre, würde ich in aller Öffentlichkeit das Horst Wessel-Lied anstimmen, hätte ich die Hitler-Welle erfunden. Und ich würde das alles, was ich heimlich angezettelt habe, publizistisch aufwerten, groß herausstellen, aufblähen als Wiedergeburt des Nationalsozialismus. Ich würde mich auf jüdische Friedhöfe spezialisieren, in Österreich würde ich eine

Sigmund Freud-Gedenktafel besudeln. Ich in kein Kommunist. Ich plaudere nur so vor mich hin. Und vielleicht bringe ich sie dadurch auf eine gute Idee. Nicht die Kommunisten, die brauchen mich nicht dazu - sondern die Nichtkommunisten."

Wir werden uns weder Bomben noch ein Gedankengut unterschieben lassen, das nicht unseres ist. Auch wenn dazu ein sogenanntes „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands“, mit sieben Millionen Steuergeld jährlich, von Sozialisten und Kommunisten als Vorfeldinstitut gegen alles, was nicht links ist, aufgebaut wurde.

Dieses Institut wurde 1981 schon einmal verurteilt. Der damals gemeinsam mit Otto Habsburg und dem UNO-Menschenrechtsexperten Felix Ermacora diffamierte Hans Pretterebner erwirkte folgendes Urteil:

„Die Polarisierung, wer nicht Marxist ist oder sich als Antimarxist deklariert, sei ipso facto Rechts-extremist und Faschist, ist unlogisch und sachlich falsch. Es ist dem Gericht einfach unbegreiflich, wie die Kritik an der SPÖ ein Merkmal für Rechts-extremismus und Faschismus sein soll. Wollte man den Standpunkt im Ernst vertreten, käme dies tatsächlich einer Vorstufe zur Diktatur gleich. Literarische Vorbilder für die Tätigkeit einer Gesinnungspolizei und einer Gesinnungsgleichschaltung sind vorhanden."

Diesem Urteilstext ist nichts hinzuzufügen.

Alle politischen Lager Österreichs haben Grund zur Besinnung und Einkehr, was ihre Vergangenheit betrifft. Manche sollten dies schleunigst auch für ihre heutige Praxis tun.

Laßt uns endlich in Ehrlichkeit und auf der Grundlage der Freiheitsrechte, für alle, in die Zukunft blicken, und gemeinsam auf ein gemeinsames Ziel

zugehen. Denn die ideologischen Auseinandersetzungen sollten überwunden sein. Was haben sie gebracht? Die marxistische Ideologie der Umverteilung hat versagt. Die christlichsoziale Ideologie hat sich, ebenso wie nationale und internationale Sozialismen, in Diktaturen, im Faschismus verrannt.

### „Freiheit ist unsere Ideologie“

Erfolgreich geblieben ist überall auf der Welt nur der Kern unserer Grundwerte. Aber niemand möge uns deshalb für ideologiefrei halten. Denn wir haben eine Ideologie, auf die wir stolz sein können: Freiheit ist unsere Ideologie.

Unser Anliegen ist daher ein anderes, als nur an der Verteilung der Macht im Staate teilzuhaben. Unser Anliegen ist ein freies Österreich mit selbstbewußten Bürgern, die sich in demokratischer Offenheit von den Fesseln eines unerträglich und kostspielig gewordenen Parteien- und Kammer-systems befreien. Diese freiheitliche Bewegung ist eine österreichische Sonderanfertigung, die nur aus den Besonderheiten eines nahezu perfekten Machtverteilungssystems von Rot und Schwarz erklärt und verständlich gemacht werden kann. Wir sind die einzige Opposition, die zugleich regiert, und der Regierung oftmals das Gesetz des Handelns aufzwingt. Wir sind die einzige Partei, die nicht nach der Teilhabe an der Regierungsmacht giert, weil die von den Regierungsparteien dargelegte Perspektivenlosigkeit und ihr reformverweigerndes Beharrungsvermögen uns derzeit keine Chance eröffnen, die Visionen eines freien Österreich zu verwirklichen. Wir sind die einzige Bürgerbewegung, die über den Wahltag hinaus die

Vision von einem Bürgerrechtsstaat entwickelt hat, der für jeden vernunftbegabten Menschen ein Anliegen sein muß.

Viele spüren und sagen es: So kann es nicht weitergehen. Es ist ein dumpfes Unbehagen mit einem sehr realen Hintergrund. Eine unmoralische Politik hat unmoralische Verhältnisse in der österreichischen Gesellschaft geschaffen. Nach dem Krieg wurde ein Wohlstand unter Geltung der alten Werte geschaffen. Der Modernismus der siebziger und achtziger Jahre hat eine Wohlstandsgesellschaft ohne Werte hervorgebracht. Die Jugend von heute, also die Erwachsenen von morgen, werden mit einem satten Wohlfahrtsstaat bei gleichzeitig steigender Armut fertig werden müssen.

Dies wird aber ohne Rückbesinnung auf traditionelle Werte nicht möglich sein, für die die herrschende politische Klasse kein Verständnis hat. Sie hat eine andere Gesellschaft hervorgebracht. Eine, in der Rücksichtslosigkeit und Regellosigkeit auf der Tagesordnung ist, Egoismus, Individualismus und Protektion prägend wirken. Eine Gesellschaft, in der der Wert des Lebens geringgeschätzt wird, in der es mehr Kavaliersdelikte als Kavaliere gibt, eine Gesellschaft, in der manche ihre Hände nicht zum Arbeiten nützen, dafür aber ihre Ellbogen zur Durchsetzung ihrer Interessen umso wirksamer einsetzen.

Ich bin daher überzeugt, daß die moralischen Grundlagen für unser Gemeinwesen neu ausgehandelt werden müssen. Es geht um einen intelligenten Dialog für eine freiheitliche Gesellschaft. Es geht um die rechte Antwort auf das linke Versagen. Es geht um eine fundierte Abrechnung mit dem linken Hedonismus, der zwar den Zusammenbruch des realen Sozialismus im Osten erlebt hat,

aber die Herausforderungen der Freiheit nicht bewältigen konnte. Wir beklagen heute den zerrütteten Zustand vieler Familien: die hohen Scheidungsraten, die vielen entwurzelten Kinder und Jugendlichen, Gewalt in der Familie, das chronische Versagen der Schule in der Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen, die Gewaltbereitschaft der Jugend, die Flucht in den Drogenkonsum, die Entsorgung alter Menschen in staatlichen Anstalten und die um sich greifende Entsolidarisierung in unserem Gemeinwesen.

Wer aber trug über all die Jahrzehnte die politische Verantwortung dafür? Wer hatte es in der Hand, diese geistige Zerstörung aufzuhalten? Es ist eine mächtige Sozialistische Partei, die seit fast 25 Jahren den Regierungschef stellt, die Regierung dominiert, die Schul- und Bildungspolitik ebenso unter Kontrolle hat, wie sie die kulturelle Hegemonie in Österreich erworben hat. Es ist die Sozialistische Partei, die die Sozialpolitik beherrscht und heute vor einem aus den Fugen geratenen Sozialmonster visionslos kapituliert.

Es ist unbestritten, daß die Sozialdemokratie alter Prägung große Verdienste an der Entwicklung der Arbeiterschaft von der entrechteten Klasse zum gleichberechtigten Bürger hat. Es ist aber auch unbestritten, daß die Sozialdemokratie von heute die Hauptverantwortung an der geistigen Verwüstung unserer Gesellschaft trifft, ebenso, wie sie Mitschuld am Aufkommen einer unmoralischen Funktionärsclique hat, die ihre Macht durch Privilegien, Ämterpatronanz, Gelegenheitskorruption und Günstlingswirtschaft festigt. Das große Ziel der solidarischen Hilfe für Schwache und in Not Geratene wurde durch den unabdingbaren Anspruch der Machterhaltung in den Hintergrund

gedrängt. In diesem Konflikt offenbart sich die ganze Machtbesessenheit, man könnte auch sagen Verbissenheit der Einheitspartei, die eine Befreiung des Bürgers aus bürokratischer, politischer und ständestaatlicher Abhängigkeit, wie gerne behauptet wird, gar nicht zuläßt. Aber die Rückkehr zum Untertan sichert die Macht für die Partei - Apparat und Funktionäre. Schweigen, Mittun und keine dummen Fragen stellen war auch das Rezept, das die DDR-Lenker ihren Bürgern als Wohlverhaltensrichtlinie ans Herz gelegt hatten. Geben wir uns keiner Illusion hin. Auch in Österreich sind die politischen Prätorianergarden am Werk, um den Zustand einer autoritären Entwicklungsdemokratie zu erhalten und den Weg in eine offene Gesellschaft zu verhindern.

### „Bewährte Tugenden wieder in Kraft setzen“

Wir haben die Prätorianer bei den Wohnbaugenossenschaften, die entscheiden, wer in den Genuß einer geförderten Wohnung kommen kann. Wir haben die Prätorianer in den Sozialversicherungen, die über Kuraufenthalt und Frühpension Entscheidungsmacht haben. Wir haben die Prätorianer aber auch im Bildungs- und Kulturbereich, der zum Schauplatz im Kampf um das Bewußtsein der Menschen geworden ist. Unter der unheilvollen Patronanz des amtierenden Unterrichtsministers führen die in die Jahre gekommenen 68er und ihre Epigonen einen regelrechten Kulturkampf. Nicht die Bildung unserer Jugend, sondern ihre parteipolitische Ausrichtung ist wichtig. Nicht von Niveau und Anspruch hervorragendes Theater beflügelt Peymann & Co., sondern antifaschistische Neurosen führen zu einem linken

Ideologisierungswahn. Jene Linken der 68er-Bewegung, die einstmals gegen Autorität und repressive Toleranz angekämpft haben, sind es heute selbst, die als Gesinnungsschnüffler und Denkpolicisten die geistige Kommandogewalt über die Bürger erringen wollen.

Wer nicht täglich die Codeworte Antifaschismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit strapaziert, darf keinen Zugang zum öffentlichen Leben finden und ist daher auszugrenzen. Wer sich zu seiner Heimat bekennt, ist ein Nationalist. Wer für die Familie eintritt, ist ein Faschist. Wer die multikulturelle Gesellschaft ablehnt, ist ein Rassist. Und wer sich für Leistung und Fleiß stark macht, ist ein Reaktionär. Für den kritischen Beobachter wird damit eines klar: In diesem Bereich verlaufen die wichtigsten Konfliktlinien gerade nach dem großen europäischen Umbruch von 1989 zwischen den Vertretern der offenen und der geschlossenen Zukunftsgesellschaft: „Es droht von der Linken keinerlei geistige Anregung mehr; sie wird sich allenfalls beteiligen an der Organisation des gesellschaftlichen Zerfalls in Form der politischen Korrektheit“, meint sogar der „Spiegel“. Wir arbeiten daher für die freiheitliche Wende hin zu einer offenen Gesellschaft, die nicht darauf verzichten kann, bewährte Tugenden wieder in Kraft zu setzen. Der linke Hedonismus ist entzaubert, seine Werte haben die Unschuld verloren. Was wir brauchen, ist eine klare Rückbesinnung auf jene Werte und Tugenden, die im Wohlfahrts- und Wachstumstaumel in die Vergangenheit abgeschoben wurden. Ich meine Werte wie Fleiß, Leistungswille, Arbeitsmoral, Disziplin und Ordnung. Ich meine Tugenden wie Bescheidenheit, Gemein Sinn, Sparsamkeit und Anstand.

## „Es ist eine moralische Debatte, die zu führen ist“

Was ist das auch für eine Gesellschaft, wo der sparsame Umgang mit öffentlichen Geldern nur dort erzwungen werden kann, wo die Kassen ohnedies leer sind. Was ist das für eine Gesellschaft, in der Anständigkeit öffentlicher Verantwortungsträger immer häufiger nur mehr mit dem Staatsanwalt durchgesetzt werden kann. Was ist das aber auch für eine Gesellschaft, wo die Solidarität mit den Schwachen durch die Brutalität der Günstlinge in Frage gestellt werden kann. Man mag es ruhig eine moralische Debatte nennen, die hier zu führen ist. Sie ist es. Denn es geht um eine neue Verfassung für die Freien. Es geht um die Zukunft jener, die heute noch nicht mitbestimmen können, und sich folglich auch gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die sie dann auszubaden haben, nicht zur Wehr setzen können. Es geht um unsere Kinder und Enkel. Unsere Kinder und Enkel haben ein Recht darauf, daß wir ihnen eine Welt übergeben, in der sie sich auch menschlich zurechtfinden können. Wenn wir das wollen, müssen wir mehr für das Funktionieren der Familie tun, in der der junge Mensch seine seelische Geborgenheit und seine Festigkeit für die Herausforderungen des Lebens findet: „Es gibt nichts Wichtigeres, als den Kindern eine Mutter und eine Familie zu geben“, hat Hermann Gmeiner richtigerweise festgestellt. Heute regiert nicht der Geist Hermann Gmeiners, sondern jener von Johanna Dohnal, für die die Familie ein Feindbild, und die konsequente Verstaatlichung der Kinder vom frühesten Kindesalter weg das Ziel ist.

Wenn wir unseren Kindern eine menschliche Ge-

sellschaft übergeben wollen, dann dürfen wir sie von den Erkenntnissen der realen Lebenszusammenhänge ebenfalls nicht ausschließen. Die frühe Erfahrung mit Computern und Videospiele und die rechtzeitige Begegnung mit der täglichen Gewalt und Brutalität im Fernsehen schafft Menschen ohne Herzensbindung. Wie viele Jugendliche erleben die Natur bewußt, kennen noch Blumen, Tiere und Bäume, und wissen um die Bedeutung von Brauchtum und Sitte im Leben? Unsere Freiheit ist zugleich unsere Verantwortung für die Natur, weil unsere Freiheitsrechte ohne Grundrechte auch für die Natur nicht konkret erlebbar werden.

## „Es braucht eine neue Umverteilung vom Staat zum Bürger“

Wenn wir eine menschliche Gesellschaft wollen, dann braucht es eine neue Umverteilung, die in die umgekehrte Richtung geht: eine Umverteilung vom Staat zum Bürger. Die Steigerung der Ausgaben im Sozialstaat erhöhen nicht die Sicherheit. Obwohl die Ausgaben für die Sozialhilfe seit 1987 in Milliardenhöhe explodiert sind, nimmt die Armut zu. Mehr als 1,5 Millionen Österreicher leben an der Armutsgrenze. Der Mehraufwand ist in Wirklichkeit eine Einladung zur Verschwendung im Funktionärsstaat. Wie auf einem Verschiebebahnhof werden die Gelder, für den Bürger überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, hin und hergeschoben. Immer seltener erreichen sie das erklärte Ziel. So wird Geld in den Familienlastenausgleichsfonds durch regelmäßige Abgaben von den Arbeitslöhnen eingezahlt, jedoch allein für die Österreichischen Bundesbahnen werden jedes Jahr 700 Mil-

lionen Schilling aus überhöhten Tarifabrechnungen abgezweigt. Mit Milliardenaufwand werden Arbeitsmarktförderungsprogramme betrieben. Der durchschnittliche Betrieb hat davon gar nichts. Aber nahezu 100 Millionen werden für obskure Ausländervereine ausgegeben, und Millionen für eine Künstleragentur des ÖGB gezahlt, die, statt Arbeitsplätze zu schaffen, Prostituierte an Nachtlokale vermittelt hat.

Ein grundlegender Umbau des Sozialstaats ist daher notwendig. Ich bin beispielsweise für eine einheitliche, steuerfinanzierte Grundpension für alle Bürger, die eine Mindestanzahl anrechenbarer Pensionszeiten nachweisen können. Der derzeitige Pensionsraub, der den ASVG-Versicherten in acht Jahren über 500 Milliarden Schilling an Pensionskürzungen brachte, muß endlich beendet werden. Immer mehr nichtentgeltliche, aber unverzichtbare Tätigkeiten, wie Familienbetreuung, Altersfürsorge und andere freiwillige Sozialdienste, würden damit zu einem eigenen Pensionsanspruch führen. Darüber hinaus wäre Raum genug für Maßnahmen der Eigenvorsorge. Das hätte auch den Vorteil, daß die Herrschaftschancen einer heute mächtigen und viel zu teuren Sozialversicherungsbürokratie mit einem Schlag drastisch reduziert werden könnten. Ich sehe in solchen Reformen den entscheidenden Schritt zu einer Gesellschaft, wo Gleichheit in Freiheit möglich ist, und nicht Gleichheit in Unfreiheit verordnet wird. Die Differenzierung nach Beamten, Arbeitern oder Eisenbahnern würde der Vergangenheit angehören, die Pragmatisierung wäre kein Thema mehr, und Filz und Verschwendungswahn der Sozialbürokratie im Interesse der Freiheit eingeschränkt.

**„Verteilt kann nur das werden,  
was vorher erarbeitet wurde“**

Wer die Gleichheit in Freiheit ernst nimmt, muß den Staat zum Rückzug aus allen wirtschaftlichen Bereichen zwingen, wo sein Eingriff Wettbewerbsverzerrung, Geldvernichtung und Chancenungleichheit hervorruft. Das Schicksal der Staatsindustrie sei uns eine Warnung. Das Dogma von der unsinkbaren Staatsindustrie ist zusammengebrochen. Wirtschaft funktioniert nur, wenn Gewinne erzielt werden. Verteilt kann nur das werden, was vorher erarbeitet wurde. Löhne und Gehälter können in den Unternehmen nur in jener Höhe gezahlt werden, die vorher verdient wurden. Heute gibt es einen großen Bereich sogenannter geschützter Unternehmungen, in denen das nicht verdient wird, was umverteilt wird. Die Zeche bezahlen Hunderttausende Beschäftigte in den privaten Klein- und Mittelbetrieben, die mehr leisten und mehr Steuern zahlen müssen, damit sie jene auch miterhalten, die ihre Gehälter nicht mehr selbst voll verdienen können. Im ORF macht allein die jährliche Pensionsvorsorge für einen Mitarbeiter im Schnitt mehr aus als ein Jahresgehalt für einen Mindestlohn einer Fabrikarbeiterin von 120.000 Schilling in der Privatwirtschaft. Die Zahlung hoher Arbeitslosengelder, die zu hohe Besteuerung der Leistungslohne, die künstliche Haltung gut dotierter Arbeitsplätze in staatlichen Großunternehmen, die ausgedehnte Unterbringung von Arbeitskräften in öffentlichen Einrichtungen und Kammerinstitutionen und die politisch privilegierten Frühpensionen sind jene Instrumente, die der österreichischen Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit neh-

men und den Arbeitnehmern in den Privatbetrieben zwei Drittel ihrer erarbeiteten Gehälter für diese staatliche Geldvernichtung mit abzweigen.

### **„Ohne Wahrheit gibt es keine Freiheit“**

Machtverzicht, Meinungsfreiheit und Menschlichkeit sind die drei wesentlichen Ziele, die in einer Demokratie nach unserer Vorstellung verwirklicht werden müssen. Für Resignation oder Gleichgültigkeit ist jetzt kein Platz. Wer den Übermut der ehrenwerten politischen Klasse nicht bekämpft, wird ihren Spott ernten. Diese Klasse braucht die Bürger, um ihre Macht formaldemokratisch abzusichern. Wir sind die Wächter für jene Freiheit, die uns noch geblieben ist. Und wir sind die Garanten für die Wiedergewinnung der Freiheit, die man dem Bürger abgenommen hat.

**Wir wollen** eine Freiheit ohne Zwang **statt** Zwang ohne Freiheit.

**Wir wollen** die Stärkung des Rechts **statt** des Rechts der Stärkeren.

**Wir wollen** Verantwortung für Schwache **statt** schwache Verantwortliche.

**Wir wollen** Chancen für alle **statt** Protektion für wenige.

**Wir wollen** Erfolg durch Marktwirtschaft **statt** Chaos durch Mißwirtschaft.

**Wir wollen** die Vermenschlichung der Politik **statt** Verpolitisierung der Menschen.

**Wir wollen** moralische Politik **statt** politisierte Moral.

**Wir wollen** Strafen für Geldverschwender **statt** Orden für Geldvernichter.

**Wir wollen** öffentliche Sparsamkeit **statt** private Armut.

**Wir wollen** geistig freie Jugendliche **statt** staatlich bevormundete Kinder.

**Wir wollen** eine freie Presse **statt** unfreie Medien.

**Wir wollen** eine Gesellschaft, in der Kinderfreundlichkeit mit der Familie verbunden ist **statt** eine Gesellschaft, in der die Familienpflichten von den Kinderfreunden wahrgenommen werden.

Dieses politische Bekenntnis zur offenen Gesellschaft setzen wir sehr bewußt der heutigen Tendenz zur angepaßten Gesellschaft entgegen. Wir wollen bewußt den Bürger ermutigen, Freiheit konkret zu erleben, Eigenständigkeit zu wagen und das faszinierende Abenteuer der Selbstbestimmung in Angriff zu nehmen. Wir sind nicht geboren, um in einer Herde von Lemmingen glücklich zu werden.

Manche mögen sagen, diese Feststellungen sind für einen Politiker gefährlich. Ich sage, die Wahrheit ist dem Bürger zumutbar. Sie muß es sein. Denn Wahrheit, in den kleinen wie in den großen Zusammenhängen, ist die Grundlage der freien Entscheidung in einer Demokratie.

Ohne Wahrheit gibt es keine Freiheit.

Wer die Freiheit will, muß den Mut haben, die Wahrheit zu suchen.

Den Bürgern diesen Mut zu geben, ist unsere Aufgabe.

## Weil das Land sich ändern muß **FPÖ - Liste 3**

Österreich ist nach wie vor die Republik der Roten und der Schwarzen:

Wohnungen, Arbeitsplätze, ORF, Zeitungen, Beamte, usw. Soviel parteipolitische Gängelung gibt es nirgendwo mehr in Europa.

Wir wollen das ändern, Freiheit bringen, damit auch jeder sagen kann, was er denkt.

Deshalb sind wir den Machthabern, Wohnungsvergebern, Arbeitsplatzverteilern, Bewilligungsbeschaffern und Intervenierern unbequem. Deshalb bekämpfen sie jeden Leistungswilligen. Mit allen Mitteln.

Österreich tragen sie auf den Lippen, Eigennutz bestimmt ihr Handeln. Gehen Sie mit uns: für Grund- und Freiheitsrechte, wie sie andernorts seit Jahrzehnten einfach ganz normal sind, und für unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit, Heimat und Demokratie.

Dieses Wahlprogramm ist eine Einladung an jeden aufrechten Bürger, die Zukunft selbst zu gestalten und der Korruptions- und Machtpolitik eine Absage zu erteilen.

## Das Recht muß wirklich vom Volk ausgehen

---

Derzeit haben wir eine schöne Verfassung: Auf dem Papier. In Wahrheit regieren uns Partei-, Kammer- und Gewerkschaftsfunktionäre. Das Parlament ist leider vielfach nur mehr eine Abstimmungsmaschinerie. Die Bürger haben in der EU immer weniger zu sagen. Deshalb:

- Viel mehr Bürgerrecht: Zwingende Volksabstimmung über ein Anliegen bei hunderttausend Unterschriften, Volksabstimmung über Steuer- und Abgabenerhöhung, Begrenzung der Minister auf sieben, wie in der Schweiz.
- Gesetze müssen für jedermann verständlich sein. Entrümpelung bestehender Gesetze, zeitliche Befristung bei neuen Gesetzen: Im Zweifelsfall geht Bürgerfreiheit vor gesetzlicher Regelungswut.
- Soviel Direktwahlen wie möglich: Bürgermeister, Landeshauptleute, usw. anstelle der Partei- und Packeleikarrieren.
- Stärkung der oppositionellen Kontroll- und Minderheitsrechte im Parlament.
- Abschaffung der Zwangsmitgliedschaften in Wirtschafts- und Arbeiterkammern und Einführung der freiwilligen, leistungsorientierten Interessenvertretung.

## Freie Wirtschaft, starkes Land

---

Die Politik greift viel zu stark in die Wirtschaft ein. Daher orientieren sich viele Betriebe nicht am Markt sondern am Parteibuch ihrer Eigentümervertreter. Manchen ist die Subvention wichtiger als der Gewinn. Der Klein- und Mittelstand trägt die Last.

Zu der im internationalen Vergleich erschreckend geringen Eigenkapitalausstattung kommen noch die zahlreichen Schikanen durch die Staatsbürokratie. Deshalb:

- Volle Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft und Verkauf aller öffentlichen Anteile an privatwirtschaftlichen Unternehmen.
- Abbau aller öffentlichen Subventionen zugunsten einer Entlastung der produktiven Betriebe.
- Beseitigung bürokratischer Schikanen, Reduktion der Behördenverfahren durch Verfahrenskonzentrationen, mehr Eigenverantwortung der Betriebe (Modell KFZ-Überprüfung).
- Steuersenkungen und besondere Begünstigungen für Eigenkapitalbildung, nicht entnommene Gewinne und Investitionen.

## Arbeitsplätze mit Zukunft - für Österreicher

---

Laut Wirtschaftsforschungsinstitut sind derzeit in Österreich tatsächlich rund 300.000 Menschen arbeitslos. Immer mehr Arbeitsplätze wackeln, Produktionsstätten gehen in Billiglohnländer. Die unkontrollierte Zuwanderung drückt das Lohnniveau. Die Arbeitskosten sind zu hoch, um international wettbewerbsfähig zu sein, und die Lohnnebenkosten übersteigen die Nettoeinkommen. Das ist die Folge sozialistischer Arbeitsmarktpolitik. Deshalb:

- Ja zu einer neuen Umverteilung: Von der staatlichen Bürokratie hin zur Erhöhung der Realeinkommen der produktiven Bürger: Durch Steuerersenkungen. Leistung muß wieder zählen. 20 % weniger Lohnnebenkosten, dafür 10 % höhere Löhne.
- Sicherung bestehender Arbeitsplätze durch Abbau der Lohnnebenkosten, Verwaltungsvereinfachung für die Betriebe; Streichung aller Privilegien und Begünstigungen im staatlichen Bereich und bei den Sozialversicherungen: denn sie gehen zu Lasten der produktiven Arbeitsplätze.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Initiativen im Hoch-Technologiebereich und verstärkte Forschung und Entwicklung, sowie durch eine Qualifikationsoffensive für die Arbeitnehmer.

- Flexibleres Arbeitsrecht, Betriebsvereinbarungen statt Gewerkschaftsdiktat, Steuerfreiheit für Überstunden.
- Einwanderungsstopp und Abbau von Gastarbeitern in Bereichen, wo Österreicher arbeitslos sind. Übergang zum Saisoniermodell nach Schweizer Vorbild.

## Das Fundament des Staates sind die Familien.

Sozialpolitische Experimente haben dazu geführt, daß Familie und Kinder zum Luxus geworden sind. Teure Staatsfürsorge, von der Kinderkrippe bis zum Altersheim, drängt die Familie in den Hintergrund. Alleinerhalter sind gegenüber Doppelverdienern oder Ledigen steuerlich benachteiligt. Deshalb:

- Die Entscheidung zwischen Beruf und Haushalt muß frei sein. Kindergartenplätze sind wichtig, aber ersetzen die Mutter nicht.
- Einführung des Familiensplitting, das heißt Versteuerung des Familieneinkommens pro Kopf: mehr Kinder bedeutet weniger Steuern.
- Direktförderung von Familienleistungen. Die Betreuung von Kindern und Alten in der Familie ist meistens besser und billiger als Kindergärten oder Pflegeheime.

## Erschwingliche Wohnungen für alle Österreicher

Mehr als 200.000 Österreicher sind auf Wohnungssuche. Weil die Mieterschutzgesetze schlecht sind und die Förderungen und das Genossenschaftswesen zur Machterhaltung und Finanzierung der Koalitionsparteien mißbraucht werden. Viele Privilegierte sitzen in geförderten Wohnungen, viele Bedürftige hingegen auf der Straße. Deshalb:

- Wenn schon Förderung, dann gleichermaßen für genossenschaftliche wie private Bauherren.
- Angebotserhöhung durch Vertragsfreiheit in einem freien Markt.
- Der heutige Mieterschutz führt dazu, daß Wohnungen zurückgehalten werden, Bausubstanz verfällt. Der Vertragsschutz soll bleiben, die staatliche Preisregelung fallen.
- Weg von der Förderung von Bauträgern hin zur Förderung von Mietern, ganz gleich, wo sie wohnen. Mietkostenbeihilfen und Subjektförderung, z.B. Wohnbauscheck, für Einkommensschwache, die sich sonst keine Wohnung leisten können, sollen das bestehende Förderungsdickicht ersetzen.

## Soziales Netz statt Hängematte

Über 1,5 Millionen Menschen leben in unserer Heimat an der Armutsgrenze - Österreicher in Not -, viele andere lassen sich auf Steuerzahlerkosten von der Gemeinschaft aushalten. Ein System, das wirklich Bedürftigen nicht hilft, aber Arbeitsfähigen den Leistungsanreiz nimmt, kann nicht richtig sein. Deshalb:

- Schluß mit Sozialleistungen nach dem Gießkannenprinzip, Sozialleistungen nur für Bedürftige.
  - Sozialrechtliche Gleichstellung aller Erwerbstätigen und Abschaffung von Privilegien durch Zusammenlegung aller Sozialversicherungen; eine staatliche Grundversorgung soll durch die Förderung der Eigenvorsorge ergänzt werden.
  - Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen bei der Arbeitslosenversicherung.
  - Echte Privatisierung des Arbeitsmarktes: Wettbewerb bei der Arbeitsvermittlung statt staatlicher Arbeitslosenverwaltung.
  - Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sollen gegen Bezahlung zu gemeinnützigen Tätigkeiten herangezogen werden können.
- Stopp dem Pensionsraub! Durch die letzten ASVG-Novellen, z.B.: durch Nettoanpassung, haben die Pensionisten hunderte Milliarden verloren. Keine Budgetsanierung auf Kosten der älteren Generation.

## Österreich ist kein Einwanderungsland

Österreich war immer großzügig bei der Aufnahme echter Flüchtlinge. So soll es bleiben. Aber wir können nicht alle aufnehmen, die bei uns ihr Glück versuchen wollen: Weil unkontrollierte und illegale Einwanderung zu sozialen Spannungen, zu Gewalttätigkeiten und stark steigender Kriminalität führt. Deshalb:

- Einwanderungsstopp bis zu Entspannung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.
- Einführung der Ausweispflicht und Kontrolle illegaler Ausländer sowie deren konsequente Abschiebung.
- Abschiebung straffällig gewordener Ausländer.
- Spätere Einwanderungsquoten müssen sich nach Bedarf, Qualifikation und Integrationsbereitschaft der Bewerber richten.
- Keine vorzeitigen Einbürgerungen mehr und kein Ausländerwahlrecht.

## Wir schützen Opfer, nicht die Täter

Die Kriminalität nimmt zu. Österreich ist nicht mehr so sicher, wie wir es lange Zeit gewohnt waren. Internationales Verbrechen, Bandenwesen und Drogenhandel greifen zunehmend auf Österreich über. Mit einem Wegfall der Grenzkontrollen in der EU wird die Lage verschärft. Deshalb:

- Lebenslang soll auch lebenslang bedeuten, Beispiele: Haas und Unterwiesing. Strafen müssen wieder abschreckend wirken. Für sozialpsychologische Experimente ist die Lage zu ernst.
- Zur Bekämpfung von Bandenverbrechen, Terrorismus und Drogenhandel sind Sonderbehörden mit weitgehenden Kompetenzen einzurichten, sowie Strafverschärfungen durchzuführen.
- Die Exekutive ist zu stärken, personell, finanziell und im Bereich ihrer Ausrüstung.
- Zur Entpolitisierung der Justiz ist in der Staatsanwaltschaft das Weisungsrecht zur Niederschlagung von Verfahren abzuschaffen.

## Österreich braucht ein starkes Heer

---

Europa ist heute unsicherer als in den letzten 50 Jahren. Die Konflikte rund um Österreich bedrohen unsere Sicherheit. Milosevic und Schirinowski sind einfach Realität. Mit dem EU-Beitritt hat sich nichts geändert. Denn Schutz bietet die EU keinen. Deshalb:

- Beitritt zum einzig funktionierenden Sicherheitssystem: der NATO. Angegriffen wurden in den letzten fünfzig Jahren nur neutrale oder paktfreie Staaten.
- Umstellung des Bundesheeres auf Berufstruppen und eine Freiwilligenmiliz, die für gemeinsame internationale Einsätze geeignet sind. Denn kein Wehrpflichtiger soll zu einem Auslandseinsatz gezwungen werden.
- Erhöhung des Wehrbudgets auf internationales Niveau, Bürokratieabbau, einsatzorientierte Ausbildung und modernste Bewaffnung für das Bundesheer.

## Österreich zuerst - auch in der EU

---

Österreichs Interessen haben Vorrang gegenüber Zentralstaaten und Dirigismus. Brüssel hat viele Defizite: etwa beim Transit, den Umweltstandards und den demokratischen Strukturen. Deshalb:

- Österreichbewußte Vertretung unserer Interessen im Europaparlament und im Rat. Scharfe Kontrolle der Regierung bei ihrem Handeln. Bindung der EU-Politik an die parlamentarische Zustimmung nach dänischem Vorbild.
- Zusammenarbeit mit den Maastricht-kritischen Kräften, die für eine Demokratisierung der EU, gegen die Abschaffung der nationalen Währungen und für Föderalismus eintreten.
- Verteidigung der Einstimmigkeitsregeln, wo solche bestehen, damit die österreichischen Interessen nicht von anderen überstimmt werden können.
- Eintreten für gemeinsame Lösungen, wo sie sinnvoll sind, wie in der Sicherheitspolitik, aber Ablehnung dirigistischer Eingriffe in die österreichische Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik sowie in die Sozialpolitik.
- Die vielen Versprechungen der österreichischen Bundesregierung müssen eingehalten werden, vor allem wegen der schlechten Verhandlungsergebnisse. Finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für Beitrittsverlierer müssen umgehend gesichert werden - Steuererhöhungen dafür darf es nicht geben.

## Umwelt ist alles: Heimat und Gesellschaft

---

Zu lange Zeit hat uns nur materialistisches Denken bestimmt. Werte und Verantwortung sind zu kurz gekommen. Die Zerstörung unserer Umwelt muß zum Umdenken führen. Einzelmaßnahmen beruhigen vielleicht das Gewissen, um uns die Lebensgrundlagen zu erhalten, genügen sie nicht. Deshalb:

- Ein integriertes Umweltschutzprinzip in Gesetzgebung und Vollziehung, damit es keine Lücken mehr gibt. Unbeschränktes Wachstum zu Lasten unserer Umwelt kann es nicht geben.
- Eine ökologische Steuerreform zur Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und der Schadstoffemissionen bei gleichzeitiger Entsteuerung der menschlichen Arbeit.
- Die Erhaltung der gewachsenen bäuerlichen Familienbetriebe durch Direktzahlungen unter Beachtung ökologischer Auflagen statt der bisherigen Produktionsmengenförderung.
- Sofortmaßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft: Aufforstung der Mischwälder, Chemieverbote zum Grundwasserschutz, Rückbauten der regulierten Fließgewässer.
- Pflicht zu artgerechter Tierhaltung. Strenger Tierschutz statt Pelzzucht und Fallenjagd.

## Bildung ist kein Experiment

---

24 Jahre sozialistischer Bildungspolitik haben das österreichische Bildungssystem an den Rand einer schweren Existenzkrise gebracht. Statt Leistung zählt in vielen Bereichen nur mehr Parteipolitik und Gleichmacherei. Wo früher der österreichischen Jugend Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten geboten worden sind, herrscht heute das politische Experiment. Deshalb:

- Völlige Entpolitisierung der Schulen und Universitäten, mit Berufsausbildung statt sozialistischer Einheitsschule.
- Aufwertung der Lehrlingsausbildung, Fortbildungsmöglichkeiten zum Übertritt in Fachhochschulen und Universitäten, Förderung des zweiten Bildungswegs als Antwort auf die Anforderungen einer modernen Wirtschaft.
- Außerordentliche Begabungen und Leistungen müssen wieder gefördert werden.
- Bessere Ausbildung und Auswahl der Lehrer statt Nachhilfestunden für Kinder.

## Stopp dem Subventionsmißbrauch im Kunst- und Kulturbetrieb

---

Österreich befindet sich in einer kulturpolitischen Geiselhaft der Scholtens und Peymanns. Ihre parteipolitisch motivierte Subventionspolitik definiert, was Kunst ist. 500 Millionen verschwendete allein Peymann laut Rechnungshof. Deshalb:

- Erhaltung des kulturellen Erbes und der Ausbildungsstätten durch den Staat, aber: Gegenwärtskultur muß sich an der Nachfrage orientieren.
- Schluß mit parteipolitischem Subventionsmißbrauch für Günstlinge.
- Für eine Kunst, die die freie Entwicklung der Bürger und der Gesellschaft widerspiegelt.
- Viel weniger staatliche Kunst- und Kulturförderung, dafür steuerliche Anreize für privates Sponsoring.
- Abbau des Bundestheaterdefizits durch strenge Ahndung von Mißwirtschaft und Einführung von Ausgabengrenzen.

## Wir stehen für Privilegienabbau

---

Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich. In Österreich jedoch nur theoretisch. Praktisch sind viele „gleicher“. Die überwiegende Mehrheit der weniger gleichen Österreicher muß dafür bezahlen. In einer freien Bürgerrepublik haben Privilegien nichts verloren. Deshalb:

- Beseitigung der Pfründe in der verpolitisierten und verstaatlichten Wirtschaft: Staatsbetriebe, Sondergesellschaften, Banken und Versicherungen, Nationalbank.
- Abschaffung der Politikerpensionen und Doppelbezüge aus mehreren öffentlichen Funktionen.
- Einschränkung der Reisekosten, der Delegationsgrößen und Repräsentationsspenden der Regierung, die unter Vranitzky explodiert sind.
- Abschaffung aller nichtgerechtfertigten Vergünstigungen (wie Dienstwagen und Dienstwohnungen) und Bekämpfung aller „versteckten Privilegien“: Wohnungsvergabe, Urlaubsheime, Naturalleistungen, Staatsjagden, Repräsentationspesen.

Jörg Haiders erstes Buch:

# ***Die Freiheit* die ich meine.**

**Das Ende des Proporzstaates  
Plädoyer für die Dritte Republik**

Zu bestellen bei:

**FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS**  
Kärntner Straße 28, 1010 Wien  
Tel.: 0222/512 35 35

